

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 7. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 20. Januar 2021
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Sandro Felice, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Florian Spiegel, Claudia Sigel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Swen Wyss

Entschuldigt: Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Rita Urscheler

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.30 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Evelyne Roth Geschäft 4544
2. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Kultur und Soziales**, anstelle der zurückgetretenen Evelyne Roth, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Philippe Adam Geschäft 4545
3. Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 23.11.2020, betreffend **Vorgehenskonzept Schulhaus Schönenbuchstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4543
4. Bericht des Gemeinderates vom 19.8.2020, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 24.12.2020, betreffend **Neukonzeption und Realisierung (Heimat-) Museum Allschwil - Definitives Grundlagenkonzept kulturelles Mehrspartenhaus**
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4318B / C
5. Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020, betreffend **Einführung Parkraumbewirtschaftung sowie Beantwortung der Motion betreffend Parkraumreglement**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4181B
Geschäft 4361A
6. Zwischenbericht vom 16.12.2020 zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend **Tempo 30 in Quartierstrassen und Sondervorlage für die Planungsarbeiten zur Einführung von Tempo 30 in den Allschwiler Quartierstrassen**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4500 / A
Geschäft 4500B
7. Bericht des ER-Büros vom 4.1.2021, zum Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 3.11.2020, betreffend **Account (Zoom, MS-Teams, Webex usw.) für Kommissions- und Fraktionspräsidien**
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4538 / A
8. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, betreffend **Abrechnung betreffend Rückbau der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage Bettenacker und Rückbau der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4352A
9. Bericht des Gemeinderates vom 9.12.2020, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.5.2016, betreffend **Integrationskonzept**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4295 / A
10. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 20.8.2018, betreffend **Schul(um)bau partizipativ und veränderungsfähig planen und gestalten**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4406 / A
11. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend **Aneluege und luege, dass gluegt wird ...
... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (Flugverkehr I)**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4458 / B

12. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend
Aneluege und luege, dass gluegt wird ...
... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Flugverkehr II)
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4459 / B
13. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend
Aneluege und luege, dass gluegt wird ...
... vom Schweizerischen Bundesrat (Flugverkehr III)
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4460 / B
14. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Julia Gosteli, Grüne, vom 29.4.2019, betreffend
Bauschuttablagerungen am Mühlebach
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4461 / A
15. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, zum Postulat von Mark Aellen, FIREKO, vom 3.12.2019, betreffend
Überarbeitung der Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Siedlungsgebiet nach dem Bauinventar des Kantons Basel-Landschaft und Ortsbildschutz Borerhof/Lindenplatz bzw. der Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Dorfkern
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4499 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 6 vom 20. Januar 2021

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Christian Kellermann, Präsident: Geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte, Gemeinderäte - kommen, so wie ich sehe, auch etwas später - und Medienvertreter. Ich hoffe, ihr habt das Jahr gut gestartet und seid fit und munter für die neuen Geschäfte. Es erwarten uns wiederum viele Geschäfte und Berichte. In diesem Sinne wünsche ich für uns alle gutes Gelingen und gute Entscheidungen. Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 20. Januar 2021. Kommen wir zu den Entschuldigungen und Verspätungen. Entschuldigt für heute sind Evelyne Roth und Rita Urscheler. Verspätungen wurden mir keine gemeldet. Ich bitte Herrn Spinnler für die Präsenz.

Besten Dank, wir kommen zu den Mitteilungen des Einwohnerratsbüros. Wie immer gilt die Maskenpflicht, auch am Platz. Während der Sitzung bitte ich Sie einfach auch laut und deutlich ins Mikrofon zu sprechen, damit es dann auch für das Protokoll verständlich ist. Weiterhin gelten die Hygienemassnahmen und die Abstandsregeln wie immer und wie üblich. Die Sitzung findet nach wie vor unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Verpflegung, welche bereits draussen bereit lag, bitte auch am Platz einnehmen. Schriftliche Anträge bitte ich jeweils im Doppel abzugeben, damit wir es sowohl auf dem Hellraumprojektor auflegen können als auch ich als Einwohnerratspräsident das Doppel vor mir liegen habe, damit ich es korrekt wiedergeben kann und es für das Protokoll korrekt ist.

Nun begrüsse ich auch alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Wir haben uns erlaubt, schon mal zu beginnen. Es sind keine dringlichen Postulate oder Motionen eingetroffen und auch keine übrigen Vorstösse. Ich komme zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Evelyne Roth, Geschäft 4544

Christian Kellermann, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Auch nicht der Fall. Somit ist Evelyne Roth in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Kultur und Soziales, anstelle der zurückgetretenen Evelyne Roth, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Walvorschlag: Philippe Adam, Geschäft 4545

Christian Kellermann, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Auch nicht. Somit wäre Philippe Adam auch in diesem Fall in stiller Wahl gewählt. Herzliche Gratulation beiden.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 23.11.2020, betreffend
Vorgehenskonzept Schulhaus Schönenbuchstrasse
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4543

Christian Kellermann, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt oder der Gemeinderat nicht unbedingt noch etwas erwähnen möchte, wäre dieses Postulat überwiesen. Ich frage nun aber trotzdem den Gemeinderat Robert Vogt an, ob er gerne eine Ausführung dazu abgeben möchte. Das ist nicht der Fall. Gibt es einen Gegenantrag? Ist auch nicht der Fall. Somit ist dieses Postulat überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 19.8.2020, sowie der Bericht der
Kommission für Kultur und Soziales, vom 24.12.2020, betreffend
Neukonzeption und Realisierung (Heimat-) Museum Allschwil -
Definitives Grundlagenkonzept kulturelles Mehrspartenhaus
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4318 B / C

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage zuerst den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Wenn nicht, gebe ich nun gerne das Wort an die Präsidentin der Kommission für Kultur und Soziales (KKS), Miriam Schaub.

Miriam Schaub, Präsidentin KKS: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Die Kommission für Kultur und Soziales hat sich an drei Sitzungen intensiv mit dem Geschäft Museum Allschwil und kulturelles Mehrspartenhaus befasst. Ich schicke gleich voraus: Zu Beginn haben sich einige von unseren Kommissionsmitgliedern nicht so richtig vorstellen können, worum es geht oder wie das Projekt genau aussehen könnte. Durch die intensive Beratung entstand aber bei den meisten von uns eine Überzeugung für das Projekt. Worum geht es? Das bisherige Allschwiler Heimatmuseum an der Baslerstrasse 48 im Dorfkern von Allschwil wurde im Jahr 2015 aufgrund der veralteten Infrastruktur und eines nicht mehr zeitgemässen Museumskonzepts geschlossen. Im Jahr 2017 beauftragte dann der Einwohnerrat den Gemeinderat, das Heimatmuseum neu und nachhaltig in Form eines Mehrspartenhauses aufzustellen und gleichzeitig den Dorfkern zu beleben. Für die strategische Planung wurden zuerst die Direktbetroffenen einbezogen. Danach unterstützte die FHNW die Gemeinde bei der Erstellung des Grundlagenkonzepts mit einer Studie. Dabei kamen die folgenden drei Punkte heraus: Das jetzige Raumangebot von Allschwil für kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen ist unzureichend. Das Museum ist ohne Neubau langfristig nicht überlebensfähig, und es gibt keine alternativen Standorte für die Belebung des Dorfkerns. Mit dem nun vorliegenden Projekt könnten all diese Aspekte abgedeckt und Veranstaltungsorte für viele unterschiedliche Interessensgruppen geschaffen werden. Ich gehe kurz auf die wichtigsten Punkte der Kommissionsberatung ein.

Zum Projekt allgemein: Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, zu einer Stadt oder zu einer so grossen Gemeinde wie Allschwil gehört auch Kultur. Sie sieht in diesem Projekt die Chance, dass Allschwil für die Bevölkerung Platz für ein attraktives und breit gefächertes Kulturangebot schaffen kann. Das Projekt würde identitätsstiftend wirken und über die Gemeindegrenzen hinaus strahlen. Und es wäre in absehbarer Zeit realisierbar. Eine Kommissionsminderheit sieht allerdings keine Notwendigkeit, dieses Projekt weiter voranzutreiben. Insbesondere werden die Kosten als zu hoch geschätzt, es wird eine Kostenüberschreitung befürchtet. Die Mehrheit der Kommission erachtet den Investitionsbeitrag von 3 bis 4 Mio. als angemessen, erwartet aber, dass er ausreichen wird. Gemäss Kommission soll der Veranstaltungsraum flexibel genutzt werden. So sollen Konzerte, Lesungen, Filmvorführungen usw. stattfinden können. Die KKS hat auch verschiedene Empfehlungen erarbeitet. Diese finden Sie auf der letzten Seite des Kommissionsberichts. Die KKS erwartet, dass diese Empfehlungen in den weiteren Projektierungsschritten berücksichtigt werden. Für weitere Details zum Projekt verweise ich auf die Vorlage des Gemeinderats und auf den Kommissionsbericht.

Nun noch zum Antrag: Die KKS hat diesen Beschluss umformuliert. Gemäss den Fachpersonen aus der Gemeindeverwaltung widerspricht diese Formulierung aber nicht dem Beschlussvorschlag des Gemeinderats. Ich habe eine weitere Bemerkung, und zwar: Die Kommission hat ihren Beschluss vor der Budgetdebatte des Einwohnerrates gefasst. Danke vielmals.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank. Somit gebe ich nun gerne das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Ja besten Dank. Ich würde es aber bevorzugen, wenn zuerst die Fraktionen sprechen würden und ich danach darauf eingehen würde. Also ich stelle den Antrag, zu erst die Kommissionssprecher und danach antworte ich darauf.

Christian Kellermann, Präsident: Gut, dann ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Einwohnerräte. Ich danke dafür sprechen zu können. Ich freue mich, im neuen Jahr wieder hier zu sein. Ich möchte zu diesem Thema mal grundsätzlich etwas in den Raum geben. Aarau: Einwohnerzahl 21'793 Personen, Stadttheater. Solothurn: Einwohnerzahl 17'020, ein Stadttheater. Brig: Einwohnerzahl ca. 12'000, ein Kellertheater. Bremgarten: Einwohnerzahl 8'437, ein Kellertheater. Murten: Einwohnerzahl 8'239, ein Kellertheater. Klosters: Einwohnerzahl 3'872, ein Kulturschuppen. Allschwil? Einwohnerzahl 21'332, also Flughöhe Aarau! Ein Stadttheater? Nein! Ein Kellertheater? Nein! Vielleicht noch ein Kulturschuppen? Fehl-anzeige! Worauf will ich hinaus? Allschwil ist per Definition eine Stadt. Im Vergleich zu anderen Schweizer Städten von dieser Grösse wäre wohl ein Stadttheater adäquat Aarau, Solothurn. Aber was hat Allschwil, wenigstens ein Kellertheater oder ein Kulturschuppen wie die viel kleineren, von mir aufgezählten Orte? Fehl-anzeige. Zurzeit gibt es gerade mal noch den Mühlenstall. Dessen Ende aber ist so gut wie besiegelt, er basiert einfach auf einem Vertrag mit einer privaten Mieterschaft, und dieser läuft aus. Etwas Eigenes, das Allschwil kulturell definiert, folglich, in allernächster Zukunft? Fehl-anzeige. Für mich persönlich ist der Entscheid zur Gutheissung einer Erarbeitung Grundlagenkonzept Kulturhaus Mehrspartenhaus im Zusammenhang mit der Frage nach der Zukunft des Dorfmuseums ein Grundsatzentscheid. Was wollen wir sein? Was will Allschwil sein? Eine Agglomerationsgemeinde der Stadt Basel, die mehr oder weniger zufällig und historisch bedingt nun halt auf basellandschaftlichem Boden steht, aber eigentlich nur ein Auswuchs des Stadtkantons ist? Ein Ort, an dem man zu Abend isst, Fernsehen schaut und zumindest im Moment dank der Pandemie ohne Fluglärm ruhig schläft? Oder definieren wir uns eigenständig? Bieten wir unseren Einwohnerinnen und Einwohnern eine eigene Identität und einen Ort, an dem man seine Freizeit nicht nur in den eigenen vier Wänden verbringt? Zu einer eigenständigen Definition als Stadt gehört Kultur zwingend dazu. Das habe ich zuvor mit den genannten Städten und gar kleinen Orten gezeigt. Viel, viel kleinere Orte als wir halten das für notwendig. Das Projekt bietet die Chance, genau das für die nähere Zukunft von Allschwil aufzugleisen. Der Ort, an dem es sein soll, ist einmalig zentral. Er ist nämlich genau dort, wo Allschwil städtebaulich am schönsten ist, im alten Dorfkern. Das angedachte Projekt will ausserdem an der äusseren Optik wenig ändern. Das ginge auch gar nicht aufgrund der im alten Dorfkern geltenden Schutzbestimmungen. Es birgt sogar die Chance, dass der historische „Lange Garten“, wie wir in der Kommission gelernt haben, in Zukunft nicht einfach nur existiert, sondern auch tatsächlich einer Nutzung zugeführt werden kann. Der angedachte, unterirdische Bau wird zudem einer Nutzung als Theater und Konzert- und Ausstellungsraum gerecht und ist minimal invasiv. Obwohl ich mich persönlich ehrlich gesagt freuen würde, wenn am Schluss das ausgearbeitete Projekt, wozu es hoffentlich kommen wird, überraschend mit der Umgebung spielen und zusammen mit dem Langen Garten auch optisch etwas bringen würde. Noch einmal: Es geht meines Erachtens nicht um Luxus = Ja oder Nein. Es geht darum, wie wir Allschwiler uns unserer Nachbarschaft gegenüber positionieren und definieren wollen. Ob wir Anspruch auf Eigenständigkeit und ein erkennbares Profil erheben wollen. Wenn wir das wollen, dann gehört Kultur dazu. Dann ist die angedachte Nutzung des Heimatmuseums schlichtweg zwingend, um nicht in der Bedeutungslosigkeit der Agglomeration zu versinken. Deshalb spreche ich mich im Grundsatz klar für die Erarbeitung dieses Grundlagenkonzepts aus. Ich darf sagen, dass die SP-Fraktion dahintersteht.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich würde schon gerne, bevor wir mit der Diskussion im Einwohnerrat weiterfahren, den Standpunkt des Gemeinderats hören.

Simone Meier, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geehrter Präsident, liebe Anwesende. Ich spreche für die Fraktion EVP/GLP/Grüne. Wir danken dem Gemeinderat für den Bericht und der Verwaltung für ihre Arbeit. Der Kommissionsbericht wurde von unserer Fraktion als informativ, sachgerecht und zweck-

mässig geschätzt. Wir haben das Geschäft ausführlich diskutiert. Wir sind uns einig, dass Allschwil einen Ort für Kultur benötigt. Wir sind uns auch einig, dass der Dorfkern belebt werden soll. Und wir sind uns ebenso einig, dass mit der Schaffung eines solchen Orts etwas Notwendiges entsteht. Notwendig und wichtig. Sowohl für die ortsansässigen kulturellen Vereine wie auch für die Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil. Das darf etwas kosten. Im Weiteren sehen wir in diesem Projekt eine Chance für Allschwil, sich als eigenständige Stadt zu zeigen. Das Selbstverständnis wird gestärkt und die Identität unterstrichen. Wir haben es zuvor gehört, Allschwil ist von seiner Grösse her längst eine Stadt. Das verpflichtet. Kulturförderung ist Auftrag von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Jahr 2017 erteilte der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag, das Heimatmuseum neu und nachhaltig in Form eines Mehrspartenhauses aufzustellen und damit den Dorfkern zu beleben. Die Gemeinde hat folglich den Auftrag, das Museum wieder zu beleben, Beispiele dazu haben wir im Bericht gelesen. Auch ist es der Auftrag der Gemeinde, das Museum als Gebäude zu erhalten. In unserer Diskussion haben auch kritische Voten Eingang gefunden. 3 bis 4 Mio. Franken sind viel Geld. Daraus ergibt sich die Frage, ob sich für diesen oder einen kleineren Betrag, zum Beispiel an einem anderen Ort etwas schaffen liesse, das genauso gut oder gar oberirdisch realisierbar wäre. Unsicherheiten bleiben auch darin bestehen, ob wirklich alle Optionen geprüft wurden, ob der ideale Ort gefunden wurde, und in welchem Rahmen die erwähnten Synergien genutzt werden können. Die Fraktion EVP/GLP/Grüne unterstützt die Idee, dass die Gemeinde Allschwil den Dorfkern belebt, Kultur fördert, und dazu einen Ort für kulturelle Veranstaltungen schafft. Ich gehe davon aus, dass eine Mehrheit der Fraktion dem Kredit für die SIA-Phase II und III zustimmen wird. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Es wurde der Wunsch geäussert, die Meinung des Gemeinderats auch noch zu hören. Das wäre nun der Zeitpunkt. Bitte, Herr Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen Einwohnerräte. Ich freue mich sehr, heute Abend zu einem grossen und wichtigen Projekt, nämlich die Wiedereröffnung des Heimatmuseums, das 2015 geschlossen wurde, zu diskutieren. Ich danke für diese gute Aufnahme dieser ersten Voten und vor allem auch für die grosse Arbeit der KKS. Nach einer langen und intensiven Vorbereitungszeit können wir heute Abend die nächste Phase zur Planung des Dreispartenhauses einleiten. Das bedeutet, dass basierend auf den Empfehlungen des definitiven Grundlagenkonzepts für ein kulturelles Mehrspartenhaus, ein Studienauftrag erteilt werden sollte. Ihnen liegen diverse Dokumente vor, denen Sie alle Details entnehmen konnten. Namentlich sind das: Neukonzeption und die Realisierung des Heimatmuseums, das definitive Grundlagenkonzept für ein kulturelles Mehrspartenhaus und der detaillierte Kommissionsbericht der KKS. Erfreulicherweise machten einige Fraktionen auch im Vorfeld davon Gebrauch sich direkt durch Jean-Marc Wyss der Abteilung Kultur, Sandra Dettwiler, Bereichsleitung Bildung, Erziehung und Kultur, und durch mich als verantwortlicher Gemeinderat des Ressorts Kultur, informieren zu lassen. Gerne würde ich noch einmal kurz ein paar Meilensteine Revue passieren lassen, damit wir wirklich alle auf demselben Stand sind. Im Jahr 2015, wir haben es gehört, war die Schliessung des Heimatmuseums. Alle, die damals schon mit dabei waren, wissen, dass das eine Sparmassnahme war. 2016 hatte die Gemeinde die Fachstelle Kultur auf der Gemeindeverwaltung installiert. 2017, auch das haben wir gehört, wurde eine Steuerungsgruppe gebildet und ein Expertenteam zum Thema Wiedereröffnung Heimatmuseum gegründet und angehört. Ebenfalls haben wir die Einwohner, bzw. die Anwohner und die Liegenschaftsbesitzer informiert und angehört. Daraus entstand das erste provisorische Grundlagenkonzept. In den Jahren 2018 und 2019 gingen die „Echoräume“ vonstatten, zu denen Vertreter der Kultur, Politik und wiederum Anwohnerschaft angefragt und einbezogen wurden. Daraus entstanden weitere Empfehlungen. Anschliessend, das ist auch wichtig, wurde im Jahr 2019 eine Vorstudie des Instituts für Innenarchitektur und Szenografie der Hochschule für Gestaltung und Kunst der FHNW gemacht. Auch daraus ergaben sich Empfehlungen, die ins Konzept eingeflossen sind. 2020 genehmigte dann der Steuerungsausschuss dieses Grundlagenkonzept. Im März 2020 informierte sich der Gemeinderat und hat dann im August beschlossen, dass der Bericht an den Einwohnerrat erstellt und zugesandt wird. Im September 2020 wurden dann die Fraktionen informiert. Anschliessend fand die Beratung der KKS statt. Die vier wichtigsten Punkte waren: Die Zielsetzung, wir haben es gehört, die Belebung des Dorfkerns, nachhaltiger Museumsbetrieb mit zusätzlichem Raum für Kulturevents. Es wurden Studien, vier Varianten, vorgelegt. Fazit: Variante 3, bzw. 4 (die Variante 0 ist „gar nichts machen“) hat den Vorzug erhalten. Diese Variante beinhaltet einen zeitgenössischen Museumsbetrieb mit zwei Wechsellausstellungen pro Jahr. Mit zusätzlichem Veranstaltungsraum können Synergien geschaffen und die Belebung des Dorfkerns, die so wichtig ist, erreicht werden. Es gab eine Benchmark Analyse, man machte Vergleiche mit Kulturausgaben im Kanton Basel-Landschaft. Wir haben es zuvor auch schon gehört, Allschwil gibt für Kultur am wenigsten Geld pro Kopf aus. Arlesheim, Binningen, Birsfelden, Bottmingen, Liestal, Münchenstein, Muttenz ... alle sind uns voraus. Wir haben es auch gehört, es gibt in Allschwil zu wenige Räume für

Kultur. Wir benötigen bald neue Räume. Die KKS machte eine Liste von Empfehlungen, die wir erhalten haben und sehr ernst nehmen. Sie glaubt auch wie wir, dass mittelfristig der einzig mögliche Standort, wenn Kulturraum im Dorf geschaffen werden sollte, in der Nähe oder mit dem Heimatmuseum sein kann. Das Kostendach wurde festgelegt. Das nehme ich sehr gerne zur Kenntnis, und ich möchte mich auch möglichst daran halten. Zu einer Stadt gehört ein Theater. Allschwil braucht Raum und Kultur. Ich danke der KKS unter der Leitung von Miriam Schaub ganz herzlich für ihre professionelle, kritische, aber sehr konstruktive Würdigung der bisher geleisteten Arbeit aller beteiligten Kulturschaffenden, Anwohnern, Nutzerinnen und Nutzern, der Abteilung Kultur und den Fachleuten der Kulturbetreiber im Kanton Basel-Landschaft und der FHNW. Daraus ergab sich die Beurteilung der KKS, mit 6:1 Stimmen für die Verwendung des eingestellten Betrags von 265'000, den Sie im Budget im Dezember bewilligt haben. Geschätzte Einwohnerräte und Einwohnerinnen, sofern Sie jetzt Grünes Licht für die nächsten Schritte geben, freuen wir uns auf der Abteilung Kultur sehr, dass wir diese Phase II, Planung und Durchführung einer Vorstudie mit einem selektiven Einladungswettbewerbsverfahren werden starten können, um drittens die Planung und Durchführung des Vorprojektes einzuleiten. Allschwil ist eine ausserordentliche Gemeinde. Allschwil soll und will hoffentlich dann auch ein ausserordentliches Projekt realisieren. Ich danke Ihnen, wenn Sie heute dem Antrag des Gemeinderats und der KKS folgen und das definitive Grundlagenkonzept kulturelles Mehrspartenhaus, Geschäfts 4318, Neukonzeption und Realisierung (Heimat-) Museum zur Kenntnis nehmen, und, ganz wichtig, den Kredit in der Höhe von 265'000 für die Planung, Organisation und Durchführung des Studienauftrags als Machbarkeitsprüfung im Rahmen der Vorstudie und für die Ausarbeitung des Vorprojektes gutheissen. Besten Dank.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir in der CVP-Fraktion haben selbstverständlich das Thema eingehend diskutiert. Wir danken dem Gemeinderat und der KKS für diese ausführlichen Berichte. Wir finden es auch gut, dass Allschwil ein Theater haben sollte. Wir stellen einfach in Frage, ob es wirklich an diesem Ort sein soll. Wir fragen uns, ob die Lärmbelastigung nicht zu gross ist. Dies wurde bereits von den Anwohnern angesprochen. Wir möchten gerne, dass der Fächer weiter geöffnet wird, um andere Standorte zu prüfen. Wir haben uns überlegt, ob nicht dieser unterirdische Raum z.B. auch gut für die Bibliothek/Mediathek, über die wir in der letzten Einwohnerratssitzung sehr breit diskutiert hatten, geeignet wäre. Wir hoffen, dass auch so etwas in den Überlegungen Platz hat. Danke schön.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die FDP-Fraktion verdankt ganz herzlich den Kommissionsbericht, verdankt ganz herzlich die sehr gute Präsentation der Abteilung Kultur, die wir in unserer Fraktion erhalten haben und die sehr aufschlussreich und informativ war. Sie verdankt auch das sehr gute, uns zur Verfügung gestellte Grundlagenpapier. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es ein gutes Konzept, am falschen Ort und im falschen Gefäss. Lärm, Vorzeichenfunktion, Belebung, Konkurrenz zu anderen Betrieben im Dorfkern, Kosten, Bedarf und Verfahren sind aus unserer Sicht nicht gelöst. Der Bedarf: Im Dorf Allschwil, oder in der Stadt Allschwil, wie wir auch schon gehört haben, gab es eine Unzahl an Sälen. Jetzt kann man sich fragen, weshalb all diese Säle nach und nach umgenutzt wurden in Sanitärlager oder geschlossen wurden oder meistens leer stehen. Wahrzeichen: Weshalb vergräbt man ein Wahrzeichen im Boden? Welche Funktion hat ein Wahrzeichen, wenn man es im Boden versenkt? Wahrzeichen Funktion: Wir hörten eine Aufzählung von Aarau, Solothurn, Bern und Bremgarten, Murten und Klosters. Also Aarau, Solothurn und Brig sind mal Ortschaften mit einer Zentrumsfunktion, welches ein relativ grosses Einzugsgebiet hat. Ich könnte auch noch Chur aufzählen, das auch ein sehr grosses Zentrumsgebiet hat. Bremgarten ist auch ein Garnisonsstädtchen mit einem grossen Einzugsgebiet, Murten ebenso, und Klosters ist ein Fremdenverkehrsort. Aus meiner Sicht nicht unbedingt mit Allschwil, was wir auch gehört haben, das eine Agglomerationsgemeinde ist, vergleichbar. Lärm: Man ist der Meinung, dass wenn man einen unterirdischen Saal baut, den Lärm im Griff hat, der sehr stark von den Anwohnern in diesem Verfahren, das sehr gut durchgezogen wurde - ich selbst war auch an 1, 2 Veranstaltungen - eingebracht wurde. Dass sie Angst haben, dass in diesem Langen Garten eine hohe Lärmbelastigung ist. Jetzt müsst ihr euch mal vorstellen, ihr geht ein Konzert besuchen, trinkt noch was, es sind immer noch glaub 25 % der Schweizer Bevölkerung Raucher, die gehen dann nach dem Konzert raus zum Rauchen und Schwatzen dort hinten noch. Es wird kein lauter Lärm sein, die werden ganz normal reden, aber es wird trotzdem eine Belästigung sein. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist mit dem unterirdischen Saal die Lärmsituation überhaupt nicht gelöst. Belebung: Man baut einen Saal, in dem Konzerte sein sollen, in dem Lesungen gemacht werden sollen, Ausstellungen kann man auch machen. Eigentlich die Eier legende Wollmilchsau. Wenn man ans Konzert geht, geht man ans Konzert, nimmt daran teil, wie zuvor erwähnt, trinkt man oft noch etwas und dann geht man nach Hause. Ist das die Belebung, die wir für den Dorfkern wollen? Konkurrenz: Ist es die Aufgabe der Gemeinde Allschwil, eine subventionierte Konkurrenz zu den Wirtschaftsbetrieben im Dorfkern zu

installieren? Wir haben gehört, der Betreiber darf eine Wirtschaft haben, das soll er auch haben, er muss ja den Saal kostendeckend betreiben können, aber er wird ihn aufgrund der diversen Auflagen zu einem subventionierten Preis erhalten. Er konkurrenziert damit unsere Wirtschaft, die wir jetzt in Allschwil haben. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist das nicht Aufgabe der Gemeinde. Verfahren: Es ist eigentlich schon so gut wie sicher, dass es einen unterirdischen Saal gibt. Nun möchten wir ein Varianzverfahren machen, ein Studienauftrag mit drei Architekturbüros. Soll mir doch einfach hier im Saal jemand sagen, was sollen denn die Architekten noch planen, in einem unterirdischen Saal? Das Grundstück ist vorgegeben, es ist rechteckig, es ist lang, schmal und hat vorne einen Zugang. Ich glaube nicht, dass es da so wahnsinnig viele Möglichkeiten gibt, es sei denn, man würde noch versuchen, den Bestandesbaum miteinzubeziehen. Am Schluss noch Kosten: Wir starteten bei einem Ergänzungsbau für 600'000 Franken und Investitionen in den Umbau des Ökonomiegebäude für 205'000 Franken. Nun hörten wir, 3, 4 Mio. sind viel Geld. Aber 3, 4 Mio. werden nicht reichen. Ganz einfach gerechnet, überschlagsmässig, werden, wenn nun noch Sonderwünsche kommen, wenn man sagt, man muss ja auch laute Konzerte in diesem Saal abhalten können, was noch zusätzliche Schallschutzmassnahmen erfordert, es wäre noch schön, wenn man Dachfenster einbauen könnte, damit man Tageslicht hat, wahrscheinlich auch nicht 5 Mio. reichen, sondern werden wir eher bei 6 Mio. sein. Also von 600'000 auf 6 Mio. Vor noch nicht sehr langer Zeit haben wir hier den Investitionsplan der Gemeinde Allschwil beraten. Wir haben, glaube ich, behaftet mich nicht, von ungefähr 90 Mio. für Schulbauten gesprochen. Ich weiss nicht, ob das überall so Platz hat. Aus den vorgeannten Gründen stellt sich die FDP auf den Standpunkt, ja es ist ein gutes Konzept, aber das Konzept ist am falschen Ort und im falschen Gefäss. Darum wird die FDP dem Antrag des Gemeinderats nicht folgen und das Geschäft ablehnen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Nun muss ich aufpassen, dass ich mit den Argumenten, die Andreas Bärtsch bereits vorgetragen hat, Ihnen nicht noch einmal dasselbe erzähle. Wir haben dieses Geschäft bei uns in der Fraktion sehr im Detail beraten, weil wir sicher oder im Grundsatz der Meinung sind, dass es möglich sein muss, der Kultur in Allschwil in angemessenem Umfang Räume zur Verfügung zu stellen, damit sie diese nutzen können, sei es für Theater oder Konzerte. Je nach Art des Konzerts sind wir schon wieder beim Thema, wo machen wir sie. Nichtsdestotrotz, wir sind klar der Meinung, es braucht eine Möglichkeit, damit ein Theater Theater machen kann, es braucht eine Möglichkeit, damit, wenn jemand eine Vorlesung machen will, eine Vorlesung machen kann. Wenn ein Verein über längere Zeit einen Raum benutzen will, dann soll er das auch tun können. Von daher sind wir generell nicht gegen das Projekt im eigentlichen Sinn, wir sind dafür, etwas für Kultur zu tun. Aber das, was wir nun hier erleben, ist so ein wenig, man versucht unbedingt etwas zu haben, was vielleicht in dieser Form nicht nur sinnvoll oder nicht wirklich zum Teil praktikabel ist. Das sieht man zwar, obwohl die Ausarbeitungen im Grossen und Ganzen sehr ordentlich und sauber und gut gemacht sind, so fallen einem doch gewisse Ungereimtheiten auf, wenn man sich mit den Dokumenten ein wenig auseinandersetzt. Es sind so kleine Punkte, die man ein wenig beschönigen oder ein wenig ausprobieren möchte, damit es eben grossartig aussieht. Nehmen wir zum Beispiel die Aufstellung der Kosten. Da schreiben wir für einen Neubau 3 bis 4 Mio. und für das Heimatmuseum 400'000. Am Schluss stehen dann wieder 3 bis 4 Mio. Es ist zwar okay, aber es ist nicht ganz so sauber. Nicht wahr, sauber wäre, wenn man 4 Mio. schreiben würde, so wären wir in dieser Regelgrösse, die gemeint ist auszureichen. Ob es dann tatsächlich mit diesen Voraussetzungen ausreicht, die auch Andreas Bärtsch zuvor schon ins Feld geführt hat, stellen wir eben auch in Frage. Gerade auch aufgrund der Nähe zu den angrenzenden Gebäuden und der dort benötigten, unterstützenden, baulichen Massnahmen, die ausgerechnet im Bereich Tiefbau und Festigung sehr schnell sehr teuer werden können. Das mit dem Studienauftrag, obwohl ja dieser Bunker schon fast vorgegeben ist, ist auch etwas speziell, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Wir würden dazu beliebt machen, öffnet es tatsächlich. Wenn ihr einen Studienauftrag erteilt, gebt ihnen auch wirklich die Möglichkeit, verschiedene Varianten zu prüfen und auszuarbeiten. Gebt ihnen nicht schon im Voraus einen Detailkatalog. Das mit den Einzugsgebieten wurde auch schon erwähnt, darauf möchte ich nicht mehr zurückkommen. Was mich aber auch wieder stört, und da sieht man es dann auch ein wenig, wenn die Kommission sagt, da bin ich mit der Kommission nicht ganz einverstanden, das Mehrspartenhaus sei notwendig. Es sei notwendig, damit das Heimatmuseum überleben könne. Dann nehmen wir mal die Unterhaltskosten für das Heimatmuseum im Jahr 2017 hervor. Beim Aufwand haben wir 185'000 und beim Ertrag 187'000. Und siehe da, im Jahr 2020 haben wir beim Aufwand 182'000 und beim Ertrag 183'000. Also wenn Sie diese zwei Vorlagen miteinander vergleichen, hat man fast eins zu eins den Kostenaufwand des Projekts 2017 des Heimatmuseums kopiert und ihn im 2020 eingefügt. Wenn die Kommission dann zum Schluss kommt, dass es ohne das Mehrspartenhaus nicht tragbar sei, bei einer fast copy paste Vorlage, muss ich ehrlich gesagt sagen, verstehe ich den Zusammenhang nicht ganz. Das stimmt dann schon nicht. Ein Museum, das müssen wir auch ehrlich sagen, egal in welcher Variante wir es ausarbeiten, ist sowieso

nicht überlebensfähig im eigentlichen Sinn. Es ist immer nur tragbar mit Unterstützungen und Subventionen. Sonst funktioniert es nicht. Wir können nicht sagen, nachher ist es tragbar. Es ist auch nachher nicht tragbar. Es ist tragbar, weil wir der Meinung sind, Allschwil benötige es, und bereit sind, dafür im Budget mehr oder weniger Geld zu sprechen. So ist es richtig, dass wir bei den Tatsachen bleiben. Da komme ich zum eigentlichen Punkt. Wir diskutieren nun über diese Sondervorlage, obwohl wir sie ordentlich ins Budget stellten. Es wurde zuvor schon gesagt. Rein ordentlich müssten wir über diese Summe gar nicht mehr abstimmen, denn sie ist ordentlich im Budget und unterschreitet die halbe Million. Weil es ein Vorprojekt ist, darf sie gesondert von der eigentlichen Vorlage sein, es müsste nicht mehr abgestimmt werden. Aus diesem Grund werden wir uns als Fraktion bei einer allfälligen Schlussabstimmung - ich erkläre gleich, weshalb ich sage „allfällig“ - enthalten, werden das aber bei der Vorlage nicht weiter unterstützen können, wenn es in diesen jetzigen Strukturen verbleibt. Nun komme ich zum Grund, weshalb ich gesagt habe „eigentlich“: Wir haben zuvor gehört, und das wurde ja schon von, glaube ich, Beatrice Stierli gesagt mit der Mediathek, wir haben das Mehrspartenhaus, worüber wir diskutieren, und wir haben die Vorlage Jugend- und Freizeithaus. Das, was nun hier so passiert, kommt mir vor, wie Basel-Stadt mit ihrer Museumsstrategie. Das wären alles Dinge, die zusammengehören, und alles Dinge, die verbunden zu beraten sind. Denn auch beim Jugend- und Freizeithaus gäbe es jetzt noch je nachdem Möglichkeiten, auf die man ausweichen könnte. Alles hängt zusammen. Nun splitten wir es auf, machen genau das, was Basel-Stadt immer getan hat, wofür sie die ganze Zeit in der Kritik stand, machen wir nun auch bei der Kultur, nur weil wir unbedingt etwas wollen. Das ist eben nicht richtig. Daher komme ich nun zu meinem Antrag, den ich stellen will. Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen, dass wir dieses Geschäft an die Kommission zurückweisen und diese es im Verbund mit dem Jugend- und Freizeithaus und der Mediathek beraten soll. Nur dann macht es Sinn. Wünschenswert wäre, wenn es dann um so viele Projekte geht, dass eventuell die KBU dazu einen Mitbericht verfassen könnte. Dann hätten wir eine Strategie und eine Auslegeordnung, bei der man sagen kann, es ist weitsichtig. Jetzt aber versuchen wir einfach nur, etwas durch zu bekommen in der Hoffnung, dass es gelingt. Daher stelle ich jetzt zuerst den Ordnungsantrag, dass wir das an die KKS zur verbundenen Strategieberichtserstellung zurückweisen.

Christian Kellermann, Präsident: Ich bitte darum, den Ordnungsantrag schriftlich zu formulieren, damit wir ihn auflegen können. In der Zwischenzeit würden wir weiterfahren.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Entschuldigung, das ist nicht erlaubt, bei Ordnungsanträgen darf nicht weiter beraten werden, sondern es muss sofort abgestimmt werden.

Christian Kellermann, Präsident: Ich schlage ein Time-out vor, bis der Ordnungsantrag vorliegt. Ihr dürft euch kurz untereinander absprechen.

TIME-OUT

Christian Kellermann, Präsident: Ich darf darum bitten, wieder Platz zu nehmen. Der Ordnungsantrag wurde gestellt. Bevor wir darüber abstimmen, würden wir trotzdem zu diesem Ordnungsantrag Stellung beziehen. Wer das wünscht, hat jetzt die Gelegenheit dazu, aber nur zu diesem Ordnungsantrag.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Werte Kollegen. Ich bin der Meinung, einen solchen Ordnungsantrag kann man nicht stellen. Weil es nicht ein Antrag auf Rückweisung ist, sondern es ist ein Antrag auf Rückweisung mit einer Forderung. Der Ordnungsantrag kann nur zurückweisen, nicht fordern. Also kann ich darüber nicht abstimmen, es ist nicht legal.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. In unserer Fraktion besteht eine gewisse Sympathie dafür, eine Gesamtstrategie vorzulegen. Die Frage ist: Ist es richtig, dass man dann dieses Geschäft per Ordnungsantrag an die Kommission zurückweist. Eigentlich ist es nicht die Kommission, welche anschliessend in der Lage ist, eine Gesamtstrategie vorzulegen. Wenn dann müsste man wohl das gesamte Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen, damit er dann die entsprechende Strategie vorlegt. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es wurde bereits gesagt, Danke schön.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann verstehen, dass es dem Einwohnerrat wichtig ist, sich über wichtige Geschäfte ein Bild zu machen. Unsere Aufgabe

ist, die öffentlich genutzten Räume, über die wir jetzt sprechen, für alle Generationen in und für Allschwil innen, und allenfalls, wenn noch weitere Projekte hinzukommen, aussen zur Verfügung zu stellen. Wir haben drei angesprochene, grosse Projekte: Das Freizeithaus, das Museum und die Mediathek. Diese drei Projekte, und es wurde von allen, oder von fast allen gelobt, ich rede heute Abend nur noch vom Museum, ein sehr gutes Konzept, eine lange Phase, alle einbezogen. Nun haben wir etwas für die Ortschaft wie Allschwil, welche nicht 300 Einwohner hat, sondern noch 20'000 mehr. Ich glaube, wir können selbstbewusst sein und die einzelnen Projekte einzeln anschauen. Wenn Sie sie verbinden, machen Sie einen Elefanten daraus. Ein Elefant ist träge. Der benötigt dann wieder Zeit, bis er sich bewegt. Das ist wie ein Dampfschiff. Wenn man einen grossen Dampfer umkehren muss, braucht es Zeit. Diese Zeit können Sie uns geben, aber Sie können nicht erwarten, dass wir diese Geschichte in derselben Qualität so weiterbearbeiten. Denn wir müssen ja immer links und rechts schauen, was wäre, wenn wie. Wir haben eine 4-Generationengesellschaft, wir haben unterschiedliche Bedürfnisse und wir möchten, ich wiederhole mich, die öffentlichen Plätze für alle zugänglich machen. Sie und wir vom Gemeinderat versuchen, diese Vielfalt nicht nur zu erhalten, sondern mit den Rahmenbedingungen zu erweitern und zu ermöglichen. Ich bitte Sie, dieses Geschäft nicht zurückzuweisen und diesen Verbandsantrag nicht anzunehmen, sondern nachher bei den einzelnen Geschäften sagen, was Sie wollen oder nicht wollen. Dann wird der Bevölkerung das Vorhandene zur Verfügung gestellt, und allenfalls, wie wir das auch schon erlebt haben, mit einer Abstimmung bestätigt oder verworfen. Wir können nicht die ganze Welt, so komplex wie sie ist, so komplex darstellen und vernetzen. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich will auch beliebt machen, dass wir es der Kommission aus folgenden Gründen zurückgeben. Das, was wir hier haben, ist ein Trugschluss. Wir stimmen nicht über ein Gesamtkonzept ab, denn über das Konzept Mehrspartenhaus haben wir bereits im Jahr 2017 abgestimmt. Unter dem Strich hatten wir da 130'000 Franken. In der jetzigen Vorlage haben wir genau dasselbe Konzept, mit so gut wie genau denselben Zahlen plus einen zusätzlichen, unterirdischen Bau. Das ist der grosse Unterschied. Was man sagen kann, ist sicher, dass Kultur grundsätzlich mehr ist als ein unterirdischer Raum in der Nähe des Dorfplatzes für 120 Personen. Wenn wir in Allschwil kein attraktives Kulturprogramm haben, liegt es nicht an einem Raum, in dem 120 Personen sitzen können, unterirdisch, fast in der Nähe des Dorfplatzes. Wie Jean-Marc Wyss selbst schon gesagt hatte, das kann man nachlesen, wird beispielsweise in Arlesheim ein Gemeindesaal mit integriertem Kulturkonzept gebaut. Wir werden kurzfristig, d.h. in den nächsten paaren Jahren, knapp 100 Mio. für Schulhäuser ausgeben, wenn das überhaupt ausreicht. Wieso können wir dieses Kulturkonzept schlussendlich nicht dort integrieren? Ich bin auch der Meinung, wir sollten es an die Kommission zurückgeben. Sie soll u.a. auch ein Augenmerk auf den Aufwand und Einnahmen setzen, denn 2017 und 2020 mit nun zusätzlichen 120 Plätzen hat sich nicht viel verändert. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Mark Aellen, ich gebe dir mit dem, was du gesagt hast, insofern nicht einmal ganz Unrecht. Wo der Punkt ist: Der Punkt ist, wenn ich das so gemacht hätte, wie ein Ordnungsantrag ist, nämlich einfach nur mündlich und nicht schriftlich, hätte es nachher geheissen, man wisse nicht, was denn genau der Auftrag sei. Man hätte es wieder nur an die Kommission zurückgeschickt. Hätten wir es am Anfang an den Gemeinderat zurückgeschickt, hätte es geheissen, ihr seid dagegen und wollt es einfach nicht. Eine Kommission hat auch immer die Möglichkeit, mit ihren Instrumenten beim Gemeinderat Dinge wie auch so eine Strategie einzufordern. Ich denke schon, Andreas, man kann nicht immer einfach mit der absoluten Zahl einer Gemeinde eine Legitimation für Projekte erzwingen. Das wird immer wieder gemacht. Wir sind so gross, deshalb ..., wir sind so gross, darum ..., wir sind so gross, daher... Das ist keine Legitimation für irgendetwas. Wie gesagt, wir haben so viele parallel laufende Projekte. Nun ist dabei schon etwas interessant: Ich weiss es nicht mehr, es ist sicher sieben oder acht Jahre her, als die Spielplatzstrategie auf dem Tisch lag. Von dieser Spielplatzstrategie, bei der wir uns im viel kleineren Bereich bewegen, ist nichts oder wenig umgesetzt. Es wurden Dinge angedacht, aber wenn man den Aufwand und die Zeitspanne und alles von diesem Spielplatzkonzept betrachtet, und nun zu einem Kulturkonzept, bei dem das eben eingeplant sein sollte, reden wir schon von zwei unterschiedlichen Flughöhen. Ich verstehe nicht, weshalb wir es beim einen getan hat und dann sehr lange nichts getan hat, und beim anderen, bei dem es elementar ist, weil es sich vielleicht um grosse Bauten handelt, will man es nicht vernetzt anschauen, oder empfindet es als nicht sinnvoll. Es hat auch nichts damit zu tun, dass man sagen kann, nun sind wir doch mal, haben wir mal die Chutzbönne und machen das. Es geht doch auch in der jetzigen Lage zusätzlich darum, dass in dieser Gemeinde in Zukunft viele Bautätigkeiten anstehen. Gewünscht, ungewünscht - das lassen wir im Raum stehen. Aber sie sind vorhanden. Wir wissen heute absolut nicht, wie sich in den nächsten ein, zwei Jahren die Finanzlage entwickeln wird. Das ist es auch, was wir im Budget gesehen haben, in dem ja auch im damaligen Budget SV 17 noch

nicht eingerechnet war, Covid war noch nicht eingerechnet. Wir wissen gar nicht, wohin wir mit den Finanzen hinkommen, wie es weitergehen wird. Dann sind wir trotzdem nicht dafür, dass wir so grosse, zusammenhängende und der Gemeinde viel Geld kostende Projekte, dass man sie miteinander verknüpft und noch mal anschaut. Ich finde, es ist ausgerechnet in der heutigen Situation und in der, auf die wir zugehen, elementar wichtig, dass wir das tun. Deshalb glaube ich, dass dieser Rückweisungsantrag an die Kommission nicht generell falsch ist, denn er ist von allen Mitteln immer noch das schwächste, oder, ablehnen oder einfach an den Gemeinderat zurückschicken wäre viel drastischer gewesen. Ich bin der Meinung, die Rückweisung an die Kommission ist nach wie vor das schwächste Mittel dieses Ordnungsantrags. Deshalb werde ich dabei bleiben und hoffe, dass die Unterstützung dafür auch kommen wird.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich fasse mich ganz kurz. Ich möchte einfach schnell daran erinnern, dass ein Teilaspekt dieses Projekts auch die Aufwertung und die Belegung des Dorfkerns ist. Meines Wissens gehört das Freizeithaus nicht zum Dorfkern. Auch wenn ein Gesamtkonzept in vielen Fällen sicher sehr sinnvoll ist, denke ich nicht, dass es in diesem Fall der richtige Weg ist. Man hat sich sicher auch etwas dazu überlegt, weshalb man es dort tun möchte. Nun noch herumpfuschen und es verschieben wollen ist einfach nicht besonders sinnvoll. Besten Dank.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die Rückweisung an eine Kommission ist durchaus Inhalt. Aber, das ist eine Forderung nach einer Kombination von mehreren, unabhängigen Geschäften. Da bin ich der Meinung, das können wir so nicht in Auftrag geben. Man kann es an die Kommission zurückweisen, aber wir können nicht den Auftrag geben, es zu kombinieren. Von daher finde ich das misleading. Zur Rückweisung an die Kommission würde ich nichts sagen, darüber kann man dann auch abstimmen. Was wir nun lustigerweise tun, wir diskutieren nicht darüber, sondern wir diskutieren weiterhin über das Geschäft innerhalb des Ordnungsantrags, was ich einen Hohn ansehe. Wenn wir also über die Rückweisung an die Kommission sprechen, dann ist es doch hirnrissig, dass wir eine Kommission haben, die mit 6 gegen 1 sagt, ja, das ist ein gutes Konzept, sollte man machen, und wir kommen und sagen, überlegt es euch noch einmal, wir finden das, was ihr gesagt habt, nicht gut. Ohne dass wir die Sache zu Ende beraten. Sondern wir kappen von vornherein, indem wir sagen, ich will jetzt nicht darüber diskutieren, die sollen die Köpfe noch einmal zusammenstrecken, bis ich das Resultat höre, welches ich gerne hören möchte. Überspitzt gesagt. Auf diese Weise bekommen wir die Geschäfte nie durch. Wir haben eine Kommissionsmeinung, die beraten vorab, die sollten einbringen, was die Fraktionen meinen. Wenn nun zwei Fraktionen unterlegen sind, tut mir das leid, dann sind sie halt unterlegen, dann sollen sie hier diskutieren und es nicht noch einmal zurückschicken. Das ist nur Zeit geschunden und bringt nichts. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Das, was Matthias Häuptli gesagt hat, will ich nicht wiederholen. Ich habe ein anderes Votum. Mir sind Orte in dieser Gemeinde Allschwil, in der Gemeinschaftsbildung stattfinden kann und sich wirklich gut dafür eignet. Ob es nun Kultur ist, ob es ein Wegmattenpark ist, ob es ein Lindenplatz ist usw., sind mir sehr wichtig. Ich möchte das nicht gefährden. Es ist sehr wichtig, entscheidend. Ich habe nun die Befürchtung, dass etwas Ähnliches geschieht wie beim Lindenplatz. Dass man am Schluss nichts hat. Weil die einen gegen die anderen, und dann kommt noch die Bevölkerung dazu. Ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen und ganz sicher will ich der Bevölkerung nicht das Recht nehmen, auch eine Meinung, eine abschliessende Meinung zu haben. Ich mach mir einfach Sorgen, dass, wenn man das nun irgendwie durchdrückt, dass es nicht gut herauskommt. Es kommt nicht gut heraus. Politisch kommt es nicht gut heraus. Was ich heute ebenfalls bemerkt habe, das habe ich zuvor nicht so beachtet, es kommt auch in der Sache nicht wunderbar heraus. Wenn man diese Geschichte nicht mit den Orten verbunden anschaut, wo Gemeinschaftsbildung stattfindet, die unterschiedliche Qualitäten haben, aber aus einem Gesamtkonzept heraus installiert ist. Danke für die Aufmerksamkeit.

Miriam Schaub, Präsidentin KKS: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. So wie ich das Parlament kenne, ist eine Rückweisung normalerweise verbunden mit einem Auftrag an die Kommission. Ich habe diesen Auftrag nun noch nicht ganz verstanden, ausser dass wir das zusammen mit zwei anderen Geschäften behandeln sollen. Wenn es mir recht ist, liegt das eine vor, wir haben eigentlich geplant, es zu behandeln. Das andere ist überwiesen. Ich möchte noch einmal sagen. Eine Kommission ist dazu da, dass sie die Geschäfte vorberaten. Ich bedaure es ein wenig, dass wir nun im Plenum eine Kommissionsdiskussion führen. Wir hätten solche Fragen ausführlich stundenlang diskutieren können, ohne dass wir die Zeit von allen benötigten. Was ich auch noch sagen möchte, ich finde, es ist nicht die Aufgabe einer Kommission, irgendwelche Konzepte zu erarbeiten. Wenn, dann müsste es ein Gesamtkulturstrategie sein. Ich weiss nicht, ob diese Kommission das kann, und vor

allem ist es nicht ihre Aufgabe. Genau. Dann gäbe es vielleicht noch die Frage - ich denke, dann muss ich einfach einen konkreten Auftrag haben, was ich tun soll. Vielleicht gibt es auch noch zu überlegen, ob dann die KKS überhaupt die richtige Kommission ist. Das Einzige, was ich hörte, ist Aufwand und Einnahmen noch einmal anschauen. Ich denke, das ist ein Auftrag, das können wir tun. Vielleicht gibt es auch noch andere Kommissionen, welche das noch besser können. Danke.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich hoffe, ich könne das Ganze ein wenig runterbrechen. Ich finde, wir sind eben ein wenig ausgebrochen mit all den Wünschen und Möglichkeiten. Zum einen möchte ich sagen, wir sagten, Gesamtkonzept, ja es gibt ein Kulturleitbild, das erarbeitet wird. Das sollten wir alle wissen, es sollte dieses oder nächstes Jahr eigentlich vorhanden sein. D.h. es gibt ein Konzept. Wir haben eigentlich eine Immobilienstrategie, seit einem Jahr warten wir darauf. Wir hatten extra den Antrag durchgebracht, dass es alle zwei Jahre geprüft wird. Es ist ausstehend. Wir haben eigentlich auch da ein Gesamtkonzept über diese Strategie. Die ist uns der Gemeinderat eigentlich schuldig. Wir haben diverse laufende Dinge. Nun einfach sagen, wir müssen alles wieder zurückweisen, finde ich auch dermassen etwas sonderbar. Denn ich muss sagen, wenn nun einfach der Gemeinderat gerügt wird, dass sie doch etwas besser arbeiten sollen, dann muss ich mich fragen, was tun wir denn eigentlich in den Kommissionen. Die Kommissionen haben eigentlich genau diesen Job, was wir hier nun tun, so Grundsatzdiskussionen anzufechten, den richtigen Weg zu bestimmen. Deshalb müssen wir uns, glaube ich, wirklich an der Nase nehmen. Wenn das so fundamentale Dinge sind, die hier noch im Raum stehen, dann haben die Kommissionen, respektive die Mitglieder, zusammen mit den Fraktionen, d.h. Rücksprache nehmen, nicht wirklich sauber gearbeitet. Da müssten wir uns an die Nase nehmen. Nun bin ich nicht sicher, aber ich glaube, hier kam nun der Ordnungsantrag, und ich glaube, es hat vielleicht schon Hand und Fuss. Und zwar, wie es z.B. die KBU getan hatte, indem sie bemerkt haben, da geht es nicht nur allein um ein Bauprojekt, sondern es geht auch um ein Betriebs-, Bewirtschaftungskonzept. In diesem Fall hatte die KBU, ich durfte als Ersatzmitglied beiwohnen, gesagt, wir schauen das Bauspezifische an und das ganze Betriebskonzept, das beim JFH, Jugend- und Freizeithaus, geben wir der Fachperson, um es anzuschauen. Dies macht für mich in dieser Hinsicht auch Sinn, dass man sagt, gut, vielleicht ist es nicht schlecht, wenn nun noch unsere Fachkommission Bau das Ganze anschaut, wie sind die ganzen Verfahren, wie soll es mit diesem Vorprojekt weitergehen. Das verstehe ich, kann man diskutieren. Nun finde ich es aber etwas zynisch, wenn wir nun wie zuvor plötzlich über die Überarbeitung des Gemeindeleitbilds wieder auf dieser Flughöhe argumentieren. Das wollte ich noch gerne einfließen lassen. Die Korrektur Spielplatzstrategie ist noch nicht vorhanden, darauf warten wir seit sieben Jahren, sie sollte eigentlich bald einmal kommen, sie ist noch hängig. Es sind aber eben diverse Sachen am Laufen, bitte nicht gleich umschauen, schaut erst, was alles noch pendent ist. Das sagt uns der Gemeinderat eigentlich jedes Jahr. Also nun nicht mit dem Doppel, dem Zweihänder drauflos schneiden, sondern zuerst einmal selbst die Hausaufgaben machen.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ich mache es kurz. Ich möchte sagen, dass die SP-Fraktion diesen Ordnungsantrag ablehnen wird. Mark Aellen und Etienne Winter haben diverse Gründe bereits genannt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Dankeschön. Hast du bemerkt, Mark, nun schreiben wir mal einen Antrag, dann sagt einer, es ist nicht gut, dass wir einen Antrag haben. Der andere sagt, er müsse einen Antrag haben, weil er sonst nicht weiss, was er tun soll. Soviel zu den Anträgen in den Rückweisungen. Nein, noch einmal, eine Rückweisung war ja auch meine Grundidee. Ein Rückweisungsantrag an eine Kommission, wie es im Geschäftsreglement steht, muss nicht schriftlich sein. Dann hätte sie auch nicht zu diesen Verwirrungen geführt, nämlich aufgeführt mit meinen Ergänzungen. Ich wollte keine Neuausarbeitung des Leitbilds. Aber, man muss schon sagen, Etienne, du hast ja schon Recht, doch Kulturleitbild, haben wir bereits diskutiert, was heisst Kulturleitbild kommt. Aber das Kulturleitbild kommt nach den Projekten. Das Kulturleitbild vor den Projekten wäre auch der richtige Weg. Wenn wir nun schon da sind: ich kenne die Geschäfte sehr gut und wo sie sich befinden, dann wäre das der richtige Weg gewesen. Nichtsdestotrotz, es hat auch nichts mit Zweihänder zu tun, denn ich will das Projekt ja nicht versenken. Es geht auch nicht darum, was wir zuvor gehört haben, ja wenn dann zwei Fraktionen unterlegen sind. Nein, wir haben gesagt, wir enthalten uns. Wir haben gesagt, wir enthalten uns bei der Schlussabstimmung, wenn der Rückweisungsantrag nicht durchkommt. Das haben wir von Anfang an gesagt, es heisst also nichts von unterlegen oder mit Zweihänder. Ich bin der Meinung - ICH bin der Meinung, und von daher sollte man vielleicht meinen geschriebenen Antrag und den ich aufs Pult des Einwohnerratspräsidenten gelegt habe wegnehmen und einfach beim ersten Antrag, den ich hatte, bleiben. Und zwar, dass man das Geschäft an die Kommission zurückweist, dass sie das bitte schön vernetzt anschauen mit den anderen zwei Projekten sollen, bei denen das

eine schon weiter vorangetrieben ist als das andere. Mit den anderen zwei Projekten und schauen, ob sich nicht jedenfalls eine Synergie ergibt oder nicht. Ich bin der Meinung, das wäre nun wichtig und richtig. Aber wie gesagt, das ist ein Ordnungsantrag auf Rückweisung an die Kommission. Ich meine, das ist nun kein Weltuntergang, wie man das versucht zu erklären. Entweder kommt dieser Ordnungsantrag durch, dann kann die Kommission es noch einmal verbunden anschauen. Ich habe nicht gesagt, sie müssten ein Strategiekonzept ausarbeiten, das ist das eine. Oder er kommt nicht durch, dann gibt es halt eine Abstimmung. Dann wird hier abgestimmt, wie immer abgestimmt wird. Von daher verstehe ich nun ehrlich gesagt die ganze Aufregung nicht. Man lernt auch nach zehn Jahren immer etwas Neues dazu.

Christian Kellermann, Präsident: Ich möchte noch kurz erläutern: Der Ordnungsantrag ist korrekt. § 79 Abs. c sagt ganz klar, dass man eine Rückweisung eines Berichts machen kann. Es benötigt keinen klaren Auftrag. Nichtsdestotrotz wollte ich nur die Gelegenheit geben, kurz beraten zu können. Dass es nun dermassen ausufert, habe ich nicht gedacht. Deshalb möchte ich nun bitten, dass wir uns jetzt wirklich kurz fassen und anschliessend abstimmen und weiterfahren können.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich versuche, mich kurz zu fassen. Ich spreche nun auch nur für mich und nicht für die Fraktion. Ich glaube, es wurde viel Richtiges gesagt. Wir haben ein wenig eine Auslegeordnung, was passiert eigentlich, wenn man etwas an eine Kommission zurückschickt. Ich denke, man darf keine zu hohen Erwartungen haben, aber ich denke doch auch, dass es nun sinnvoll wäre, wenn wir dieses Geschäft noch einmal in die Kommission geben. So kann sich die Kommission noch einmal überlegen, muss man es allenfalls sogar an den Gemeinderat zurückgeben oder reicht ein Zusatzbericht. Das sind Überlegungen, die sich die Kommission machen soll und nicht wir hier. Danke schön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wie ihr seht, haben wir hier in der Mitte einen kleinen Bachgraben, irgendwie Links gegen Rechts. Scheinbar ist dieses Geschäft, wie ich es sehe, im Moment nicht wirklich reif, um es gemeinsam angehen zu können. Von daher ist es doch der beste Weg, wenn wir die Rückweisung annehmen und die Kommission es etwas breiter anschaut.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es liegt mir fern, den Einwohnerrat zu massregeln. Ich möchte einfach etwas sagen. Ich bin noch nicht lange Gemeinderat, aber ich war lange Einwohnerrat. Die Kommission setzte sich sehr ausführlich mit allen Facetten in mehreren Sitzungen auseinander. Sie führte den erhaltenen Auftrag bestens aus. Wenn Sie diesen Kommissionsbericht lesen, man geht immer davon aus, alle haben ihn gelesen, alle, dann können Sie feststellen, welche Qualität drinsteckt. Das Zweite, es wurde schon gesagt, die Kommissionsmitglieder sind Teil des Einwohnerrats. Sie haben mit 6:1, was demokratisch absolut sauber ist, zugestimmt und gesagt, macht bitte weiter mit der Phase II und III. Darüber sprechen wir heute Abend. Ich bitte Sie, auch dies auf die Waagschale zu legen, und die im Einwohnerrat vorhandenen Prozesse nicht auf Machtspielchen oder sonstigen Experimenten auszutragen, sondern lassen Sie vielleicht Ihre Kommissionsmitglieder machen, damit das Resultat nicht so herauskommt, und die Kommission keinen solchen langen, ausführlichen, kritischen aber sehr gut würdigenden Bericht zum Projekt hat, welches bereits über mehrere Jahre läuft und unterschiedliche Facetten beinhaltet. Noch einmal, ich bitte Sie, Ihre Entscheidung zu überdenken.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nicht nur die Kommission hat dieses Geschäft behandelt. Ich hörte zu Beginn, es wurde der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Infos an den Fraktionssitzungen verdankt. Es wurde alles geschluckt. Nun noch etwas anderes: Nun will man sagen, dass die Fraktionen nicht gut gearbeitet hätten oder zu wenig schnell gedacht haben, was sie wollen. Man kann dem Gemeinderat oder der Verwaltung nicht sagen, ausgezeichnet eure Infos, wir sind zufrieden. Und dann kommen wir hierhin und auf einmal etwas ganz anderes. Das sind Geschichten, die nicht hier hingehören. Merci.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich halte mich kurz und knapp, um die Meinung der FDP-Fraktion zu diesem Rückweisungsantrag abzugeben. Wir werden ihn unterstützen, weil wir meinen, es sind interessante Aspekte zum Vorschein gekommen, welche wahrscheinlich einer Synergieprüfung würdig sind.

Christian Kellermann, Präsident: Gut, wir kommen zur Abstimmung über den Ordnungsantrag. Wer für die Rückweisung des Geschäfts 4318 B an die KKS zur Beratung mit den Themen Jugend- und Freizeithaus und Mediathek, inklusive Mitbericht der KBU ist, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben den Ordnungsantrag mit Rückweisung mit 20 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen angenommen. Somit ist dieses Geschäft zurückgewiesen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich möchte vermerken, dass Sie vorgelesen haben, dass wir das „Geschäft“ zurückweisen. Ich glaube, wir haben den Bericht zurückgewiesen, nicht das Geschäft. Denn man kann nur einen Bericht zurückweisen. Somit wurde der Bericht und nicht das Geschäft 4318 zurückgewiesen. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank für diese Korrektur. Der Bericht 4318 B ist zurückgewiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020, betreffend
Einführung Parkraumbewirtschaftung sowie Beantwortung
der Motion betreffend Parkraumreglement, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4181B / Geschäft 4361A

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, gebe ich das Wort gerne an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ihnen liegt das Geschäft 4181, Einführung Parkraumbewirtschaftung bzw. 4361, Motion betreffend Parkraumreglement vor. Beide Vorstösse werden sinnvollerweise zusammen behandelt. Am 17. Oktober 2018 überwies der Einwohnerrat die Motion betreffend Parkraumreglement an den Gemeinderat. Dazu gab es zwei Petitionen mit rund 500 Unterschriften. Ebenso ist im Leitbild des Gemeinderats die Implikation eines Parkraumkonzepts bereits vorgesehen. Am 20. März 2019 wurde eine breit abgestützte Spezialkommission einberufen. Die jeweiligen Mitglieder sind auf Seite 4 des Berichts aufgelistet. Das Ziel war, ein entsprechendes Reglement auszuarbeiten, das verhindern soll, dass Allschwil weiterhin dem Druck des Pendlerverkehrs ausgesetzt ist, sondern dass die Parkplätze jenen zur Verfügung stehen sollen, die sich auch in Allschwil aufhalten wollen. Als erste Aufgabe hat sich deshalb die Kommission vorgenommen herauszufinden, weshalb damals im Jahr 2015 in der Volksabstimmung die Einführung der Parkraumbewirtschaftung abgelehnt wurde. Da keine Untersuchung durchgeführt wurde, bleibt es bei Vermutungen. Eine davon war das Argument, dass es nur teilweise, also nicht flächendeckend hätte eingeführt werden sollen. Moniert wurde auch, dass damals das Reglement viel zu kompliziert gewesen sei. Es war daher für die Kommission von Anfang an ein Anliegen, ein schlankes und verständliches Reglement zu entwerfen, welches auch flächendeckend angewandt werden kann. In der zweiten Sitzung nahm sich die Kommission dem Recht an. Knacknüsse waren die Petitionsforderung, die nur für die Anwohner ausgewiesene Parkplätze und die Vereinbarkeit mit der Zubringerdienstregelung forderte. Ausschliesslich der Anwohnerschaft können keine Parkplätze vorbehalten werden, das lässt das Gesetz so nicht zu. Um das Parkdruckproblem aber zu lösen, ist somit nur die blaue Zone mit entsprechenden Einschränkungen zulässig. Eine Herausforderung mit der Vereinbarkeit mit der Zubringerdienstregelung erfordert sogar die Konsultation eines Bundesgerichtsentscheids. Die entsprechende Lösung in Form von doppelter Beschilderung wurde Ihnen auch aufgezeigt. Das Problem dabei bleibt, dass aber ein jeder mit einer Parkkarte in den Zubringerdienst hineinfahren darf und dort selbstverständlich auch parkieren darf. Das ist zwar ein bisschen ein Ärgernis und führte zu Stirnrünzeln aber die Alternative, nämlich die Aufhebung aller Zubringerdiensten, ist in keiner Weise zielführend und sinnvoll, im Gegenteil. In der dritten Sitzung wurde das Reglement einstimmig verabschiedet. Alle waren der Meinung, dass es flächendeckend angewandt werden soll. Den Perimeter entnehmen Sie bitte dem Bericht auf Seite 12. Das Ziel war, dass es einfach nachvollziehbar gemacht werden sollte. Als valable Lösung zeigte sich daher, dass deshalb alle Quartiere mit blauer Zone gekennzeichnet werden. Ein entsprechendes Schild signalisiert den Beginn bzw. das Ende der Zone. Auf diese Weise kann leicht kontrolliert werden, wo eine Parkkarte als Parklegitimation vorliegen muss und wo nicht. Stand heute gilt unser Konzept auf allen Gemeindestrassen, nicht aber auf den Kantonsstrassen, wie z.B. der Basler- oder Binningerstrasse. Auf Seite 8 ff. erläutert Ihnen der Bericht die

notwendigen Arten von Karten mit deren Bezug und den damit verbundenen Kosten. Unterschieden wird in Anwohner-, Angestellten- und Besucherparkkarten sowie die Jahres-Gewerbeparkkarte. Der Kommission war es wichtig, dass bei der Festlegung der Art und des Preises der Karten ein System geschaffen wurde, das kongruent mit den umliegenden Gemeinden ist, so weit wie das möglich ist, aber auch auf die speziellen Bedürfnisse von Allschwil zugeschnitten ist. Klar ist auch, dass die ganze Angelegenheit nicht gratis über den Tisch geht. Eine Einführung hat Umsetzungskosten und Betriebskosten zur Folge. Günstig ist, dass wir einen gut gefüllten Topf „Parkplatzersatzabgaben“ haben. Die geschätzten Kosten von rund 320'000 Franken können so problemlos prästiert werden. Betriebskosten basieren vor allem auf Personalkosten, sei es als Verwaltungsaufwand zur Ausstellung einer Karte oder und vor allem zur Kontrolle. Unsere Parkraumbewirtschaftung steht und fällt mit der konsequenten Kontrolle und Durchsetzung des Rechts. Dies wird in einer allerersten Phase unabdingbar sein. In der jetzigen Zusammensetzung kann aber die Gemeindepolizei diese Aufgabe so nicht übernehmen, weder effektiv noch effizient, nämlich gar nicht. Es benötigt sowohl eine neue Stelle als auch den erweiterten Einbezug von Dritten als Dienstleister. Festzuhalten bei dieser Stellenschaffung ist, Allschwil ist verglichen mit der Grösse von anderen Gemeinden bereits jetzt sehr dünn besetzt, wo es überhaupt eine GePo betrifft. Eine Aufstockung ist so oder so sinnvoll. Wir haben bewusst darauf verzichtet, genau zwei neue Stellen zu schaffen, sondern eine Mischung herausgefunden, die sinnvoll ist, weil sie Flexibilität garantiert. Eine neue Stelle bei der Gemeindepolizei kann gut abgedeckt. Synergien können geschaffen werden mit dem Einbezug von Dienstleistungen von Dritten. Somit kann kostenbewusst, aber auch flexibel den Initial- und Schwerpunktkontrollen nachgegangen werden. Der Gemeinderat hat sich für diese Mischvariante per 1.1.2022 ausgesprochen und der Leistungsauftrag an einen externen Dienstleister soll erhöht werden. Summa summarum ist deshalb mit rund 260'000 Franken pro Jahr zu rechnen. Von Zeit: Die Spezialkommission arbeitete effizient und effektiv. Ich möchte an dieser Stelle allen Involvierten dafür danken. Was Ihnen hier vorgelegt wird, ist zwar kein Novum, sollten Sie dann aber in der 2. Lesung dem Antrag stattgeben, wird Allschwil sicher Neuland betreten, einen Systemwechsel einführen und mittels vorliegenden Reglements das Übel des Parkdrucks definitiv in Angriff nehmen können. Danke fürs Zuhören.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank für diese Ausführungen seitens des Gemeinderats. Bevor wir nun in die allgemeine Beratung einsteigen, würden wir 15 Minuten Pause machen und um 19.45 Uhr weiterfahren.

PAUSE

Christian Kellermann, Präsident: Wir würden gerne weiterfahren. Darf ich bitten, Platz zu nehmen. Herr Spiegel, Herr Bärtsch, auch Sie bitte, es gibt immer nach der Sitzung Zeit, um noch weiter zu diskutieren. Bevor wir mit dem Geschäft weiterfahren, haben wir zuerst noch das Info-Fenster des Gemeinderats und anschliessend noch die Fragestunde. Bitte Info-Fenster, wer möchte beginnen?

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie haben bei der letzten Aufgabe, der Finanzplanung, moniert, dass die Leitbildmassnahmen nicht aktualisiert dargestellt wurden. Das haben wir selbstverständlich zur Kenntnis genommen. Wir wussten es im Vorfeld schon, wir begründeten es auch damals im Bericht an den Einwohnerrat. Der Gemeinderat nahm, deshalb möchte ich Sie auch informieren, wie es weitergeht, eine Triagierung der Leitbildmassnahmen vor und teilte sie in fünf Kategorien ein. Einerseits Leitbildmassnahmen, die wir in dieser Legislaturperiode weiterverfolgen wollen. Die zweite Kategorie Leitbildmassnahmen, die wir auf die nächste Legislaturperiode zurückstellen wollen. Die dritte Kategorie sind Leitbildmassnahmen, die wir klar nicht weiterverfolgen wollen. Vierte Kategorie sind Leitbildmassnahmen, die abgeschlossen sind, bzw. demnächst abgeschlossen werden, und in der fünften Kategorie sind jene Leitbildmassnahmen, zu denen wir jetzt von der Definition her gesagt haben, dass es eigentlich laufende Massnahmen oder Daueraufgaben sind, die wir auch in Zukunft nicht mehr in der strategischen Leitbildmassnahmenübersicht mitnehmen wollen. Der nächste Schritt nach dieser Triagierung wird sein, und zwar spätestens Ende April, diejenigen Leitbildmassnahmen aus der ersten Kategorie, die wir in dieser Periode weiterverfolgen wollen, zu präzisieren. Auch zu prüfen, was genau ist das Ziel, welche personellen und finanziellen Konsequenzen ergeben sich. Eigentlich im Hinblick

wie ein Projekt in diesem Sinn beschreiben, so dass der Gemeinderat sie anschliessend auch konkret auf die Zeitachse dieser Legislatur legen kann. Das werden wir spätestens Ende April tun und, wie gesagt, im nächsten Aufgaben- und Finanzplan werden Sie dann die neue Darstellung auch erhalten. Dies soweit zur Leitbildmassnahmenthematik.

Noch eine Information zur Bevölkerungsbefragung betreffend Umgestaltung Lindenplatz, einfach als Information, damit Sie schon mal gehört haben, wie weit wir sind. Wir haben die Fragen in einem Ausschuss in dem Sinn besprochen. Zusammen mit dem Forschungs- und Meinungsinstitut haben wir, Christoph Morat war mit dabei, die Fragen zusammengestellt, wollten sie dem Gemeinderat übergeben und das Einladungsschreiben haben wir auch schon formuliert. Nun ist es so, dass der Gemeinderat heute sagte, er wolle das noch einmal ganz konkret mit diesem Forschungsinstitut diskutieren. Resp. es sind noch offene Fragen in diesem Sinn entstanden, die wir so nicht beantworten konnten. Wir werden nun dieses Forschungs- und Meinungsinstitut einladen, damit es, ich hoffe so bald wie möglich an die nächste oder übernächste Gemeinderatssitzung kommen kann und das beantworten und klären kann, so dass wir wirklich einen Schritt weiterkommen und anschliessend mit dieser Analyse auch an die Bevölkerung gelangen können. Soviel einfach zur Information bezüglich dieser zwei Themen. Vielen Dank.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich darf Ihnen noch zwei Informationen geben zum Thema Kultur. Wir haben die Motion Bibliothek, da sind wir daran. Die Abteilung Kultur und der Gemeinderat haben nun beschlossen, dass wir ein Sounding-Board machen und jeweils zwei Mitglieder jeder Fraktion einladen, wo wir Informationen geben und schauen wollen, woher der Wind weht. Ich kann Ihnen diese Daten bereits durchgeben. Die Einladungsbriefe kommen in Kürze. Am 9. März und 13. April werden diese Veranstaltungen abends stattfinden. Das als Info zur Bibliothek.

Dann in Kürze, auch hier ist der Gemeinderat stolz darauf und freut sich, dass die Kultur lebt. Wir reden von der Fasnacht. Wir danken herzlich allen, die sich in der Kultur für Allschwil und in Allschwil, wie ich gerne sage, engagieren. Es geht hier um die FasnachtART und die Fasnachtszytig. Sie werden sicher noch hören, lesen und schauen gehen. Besten Dank. Das wären meine Ausführungen.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich, dass ich Ihnen heute an dieser Stelle auch Informationen aus meinen Ressorts berichten kann. Aus dem Ressort Alter kann ich sagen, dass im Auftrag des Postulats, Geschäft 4436 A, zur Strategie Alter in Allschwil, inzwischen ein Workshop stattgefunden hat, bei dem die Altersstrategie auf zehn Jahre erweitert wurde. Die überarbeitete Version werde ich Ihnen nach Rücksprache mit der Alterskommission, bzw. mit dem Gesamtgemeinderat so schnell wie möglich vorlegen.

Betreffend den Vertrag zur Versorgungsregion ABS gibt es keine Neuigkeiten. Die Antwort zur Beschwerde von Matthias Häuptli ist noch immer ausstehend. Selbstverständlich werde ich Sie auch dazu auf dem Laufenden halten.

Aus dem Ressort Kind und Familie kann ich zum GPK-Bericht folgendes sagen: Mit der GPK wurde in der Zwischenzeit vereinbart, dass Ihnen an dieser Stelle im Februar ein Zwischenbericht aufliegen wird. Die im GPK-Bericht geforderte Ausarbeitung der Geschäftsordnung des Schulrats bis Ende Jahr 2020 ist erfolgt. Die neue Geschäftsordnung ist seit 1.1.21 in Kraft.

Zur Raumschulplanung: Ich freue mich, Sie heute an dieser Stelle über den aktuellen Stand zu diesem Geschäft zu informieren. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Sie über diese Prozessschritte informiert sind, damit Ihr Vertrauen in die Planung und Entwicklung der Schulraumplanung inkl. der späteren Umsetzung wachsen kann. Zur Prognose der Schülerzahlen: Im Mai 2018 erhielt das Büroplanteam EST den Auftrag, die Entwicklung der Schülerzahlen mit Horizont zehn Jahre zu eruieren. Eine Begleitgruppe, bestehend aus der Schulleitung der Primarstufe, den Mitarbeitenden aus dem BEK und dem Bereich BRU, erarbeiteten gemeinsam mit dem externen Büro die Grundlagen. Das Ergebnis war, dass die Schüler*innenzahlen in den nächsten Jahren stark ansteigen wird. Bei einem mittleren Szenario wird im Schuljahr 2027/28 mit einem Anstieg von zwölf Klassen gerechnet. D.h. mittelfristig muss die Infrastruktur für zwei zusätzliche Klassenzüge bereitgestellt werden. Demzufolge beschloss der Gemeinderat, die weitere Planung auf der Grundlage eines mittleren Szenarios aufzubauen. Aufgrund der Ergebnisse bei den Tagesstrukturen muss man, basierend jetzt auf - Achtung, einem tieferen Szenario mit rund 200 zusätzlichen Plätzen in den schulischen Tagesstrukturen, und mit rund 60 zusätzlichen Plätzen in den Tageskindergärten gerechnet werden. Deshalb beschloss der Gemeinderat, dass die Planung der Tagesstrukturangebote dezentral sein soll und in der Annahme, dass 20 bis 25 % der Kinder eine Tagesstruktur besuchen wird. Zu den Standorten für zusätzlichen Schulraum, folgende Möglichkeiten wurden geprüft: Der Trämlspielplatz, der Wegmatenpark, Bettenacker sowie die Vergrösserung des Schulstandorts Neuallschwil. Zusätzlich wurden zwei Gutachten zum Schulzentrum Neuallschwil zum Thema Zustandsbericht und Erdbebensicherheit erstellt. Nach diesen Abklärungen beschloss der Gemeinderat: Das Schulzentrum Neuallschwil soll

abgerissen und neu gebaut werden, weil eine Sanierung teurer kommt. Geplant sind 26 Klassenzimmer mit Option auf Erweiterung. Zweitens soll das Bettenacker zu einem vierten Primarschulstandort mit 14 Klassenzimmern, ebenfalls mit Option auf Erweiterung, erbaut werden. Zudem hält der Gemeinderat am Erhalt eines Hallenbads fest. Aufgrund der erwähnten Gemeinderatsbeschlüsse sind nun noch die folgenden fünf Fragen offen - und die müssen noch geklärt werden: Das sind der Standort des Hallenbads, Anzahl und Standort der Turnhallen, die Reihenfolge der baulichen Massnahmen inkl. der Übergangszeit, die Bereitstellung des Bedarfs an Tagesstruktur und letztlich die Finanzierung dieser Projekte. Die Projektgruppe ist wie folgt vorgegangen: In Zusammenarbeit mit der Abteilung BEK, konkret mit Sandra Dettwiler, der Abteilung BRU mit Jürgen Johner, dem Gesamtschulleiter Martin Münch und meiner Wenigkeit als Vertreterin aus dem Gemeinderat, konnten wir einstimmig bereits im Dezember Katharina Lenggenhager des Büros Schulraumentwicklung für diese Projektorganisation gewinnen. Sie verfügt über viel Erfahrung in diesem Bereich und kennt die Anliegen und Bedürfnisse der verschiedenen Anspruchsgruppen vertieft. Zudem wird ein Steuerungsausschuss, selbstverständlich wieder unter Einbezug von allen Anspruchsgruppen, gebildet. Ziel ist, dass die vorhin erwähnten fünf Fragen bis im Juni 2021 geklärt sind, natürlich unter dem Vorbehalt der speziellen Zeit, in der wir uns gerade befinden. Abschliessend darf ich Ihnen noch eine gute Nachricht überbringen. Der Startschuss für dieses Projekt erfolgte letzten Donnerstag. Alle Teilnehmer*innen haben, das kann ich wirklich, ohne zu übertreiben sagen, diese Sitzung äusserst zufrieden und optimistisch verlassen. Ich glaube, wir sind auf einem ausserordentlichen Weg. Danke für die Aufmerksamkeit.

Christian Kellermann, Präsident: Darf ich noch kurz erwähnen, dass wir auch während des Vortrags Masken tragen. Das ist Pflicht. Merci vielmal.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Auch noch zwei, drei Informationen von mir. Abfallreglement: Das dürfte Schaggi Winter freuen, wir sind drauf und dran, es zu überarbeiten. Ein Entwurf sollte ungefähr im Februar vorliegen. Wir hoffen, im April können wir damit ins Büro des Einwohnerrats kommen.

Noch etwas zur Elektromobilität: Am Tulpenweg ist die Elektromobilitätsstelle bereits in Betrieb. Die nächste, die wir in der Gewerbestrasse vorgesehen haben, dort braucht es noch eine vor Ort Begehung, aber da sind wir an der Umsetzung.

Dann haben wir noch das Mehrwegbechersystem. Wir sind dies in Allschwil am Einführen. Der Gemeinderat hat es bewilligt und grünes Licht gegeben. Somit kann man auch dieses Angebot nebst dem Geschirrmobil nutzen. Selbstverständlich ist auch dieser Mehrwegbecher Teil des Abfallreglements. Soviel aus meinem Ressort.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank für dieses Info-Fenster. Dann wären wir bei der Fragestunde.

FRAGESTUNDE

Christian Kellermann, Präsident: Eine schriftliche Frage wurde von Lucca Schulz eingereicht. Herr Schulz, wenn Sie bitte Ihre Frage erläutern könnten und Gemeinderat Robert Vogt wird sie beantworten.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es geht darum, dass der Turm auf dem Plumpi im November abbrannte. Meine Frage ist, ob man weiss, weshalb und wer ihn allenfalls abgebrannt hat. Die viel wichtigere Frage ist aber, was passiert nun dort. Gibt es eine neue Feuerstelle oder gibt es einen neuen Turm oder Spielgeräte etc.?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist so, dass an der Plumpi-Wiese dieser Turm abbrannte. Die Polizei, die wir angefragt haben, sagte dazu, dass die Untersuchung der Brandursache kurz vor dem Abschluss steht. D.h. aber auch, dass ich Ihnen heute noch keinen Grund nennen kann, dass sie aber kurz vor Abschluss steht. Ich selbst bin aber der Meinung, dass wir in Erwägung ziehen sollten, diesen Turm wieder aufzubauen, dass dort unbedingt wieder etwas hingehört. Wir haben aber im Gemeinderat noch überhaupt nichts entschieden. Die Kosten allerdings haben wir trotzdem in der Verwaltung schätzen lassen. Wir gehen von rund 80'000 Franken aus, wenn wir diesen Turm ersetzen möchten. Wir gehen davon aus, dass uns die Versicherung einen grossen Teil der Kosten vergüten würde.

Christian Kellermann, Präsident: Es dürfen weitere Fragen gestellt werden.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe drei kurze Fragen zum Bereich Kommunikation. Ich habe sie nicht schriftlich eingereicht. Die Erste ist spontan. Ich möchte die Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli fragen, ob es möglich ist, dass über die Befragung, das Setting der Befragung im Zusammenhang mit dem Lindenplatz im Allschwiler Wochenblatt informiert wird.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich denke, auf jeden Fall, das kann man sicher tun. Wir müssen einfach schauen, genau in welcher Form. Es wäre sicher sinnvoll, dass die Bevölkerung weiss, dass eine Befragung in Auftrag gegeben wird.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Die zweite Frage ist eine etwas diffizile, aber nicht eigentlich eine komplizierte. Ich erlebe mich häufig in der Rolle von so etwas wie einem Ombudsmann. Da kommen Leute und sagen, da läuft was nicht rund, könnten Sie mal schauen. Das nehme ich an sich ernst, aber mit der nötigen Vorsicht geniesse ich das natürlich. Nun gab es ein konkretes Beispiel, bei dem Leute einfach das Gefühl hatten, sie würden von der Gemeinde nicht ernst genommen. Sie haben ein Anliegen, und es ist niemand da, der es ernst nimmt. Wie ist das denn nun mit Sprechstunde, mit Kommunikation, mit Anliegen der Bevölkerung?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ueli, ich denke, das ist eine einfache Frage. Meine Natelnummer ist im Internet oder man kann sie auf der Homepage lesen. Man kann auch auf die Gemeindeverwaltung anrufen, dort wird man auch auf mich verwiesen. Dann mache ich einen Sprechstundentermin ab, anschliessend schauen wir weiter.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Also, habe ich das richtig gehört, man kann ad hoc eine Sprechstunde von dir haben, auch wenn es nicht offiziell eine Sprechstunde gibt?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja, das ist so.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Die dritte Frage. Ich hatte nun im Allschwiler Wochenblatt ein Inserat, nicht nur einen Leserbrief, die so beliebt sind, sondern ein Inserat. Ich habe gesehen, eine halbe Seite kostet 3'000 Franken. Ich konnte das dann runterhandeln mit irgendwelchen Vergünstigungen. Meine Frage aber ist eine andere: Ich stelle fest, dass die Gemeinde relativ grosszügige Stelleninserate macht. Also grosse und grosszügig viele. Muss die Gemeinde diese Inseratenflächen bezahlen und kostet das jedes Mal 6'000 Franken für eine ganze Seite, oder 3'000 Franken für eine halbe Seite, oder wie ist das?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Lieber Ueli, geschätzte Anwesende. Ich erkläre dir das doch mal unter vier Augen, wie wir das lösen. Nein, Spass beiseite. Wir haben mit dem Allschwiler Wochenblatt ein Abkommen. Es ist unser amtliches Publikationsorgan. Dafür bezahlen wir etwas. Entsprechend den Ausgaben einen jährlichen Beitrag. Der ist, meine ich, auch jeweils im Budget enthalten, den sieht man dort. Es sind, wenn ich es richtig im Kopf habe, rund 67'800 pro Jahr, die wir bezahlen. Wir haben damit die Berechtigung, im amtlichen Teil unsere Beiträge abdrucken zu lassen. Dort, denke ich, zumindest gehe ich davon aus, sonst muss ich es noch einmal genauer abklären, sind auch die Stelleninserate in diesem amtlichen Teil in diesem Sinn enthalten. Mit anderen Worten, ich glaube, wir bezahlen nicht zusätzlich.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke für diese vorläufige Antwort.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich erlaube mir, eine Zusatzfrage zu stellen. Ich weiss nicht, ob es die 2. oder 1. ist, zwischen der Fragestunde Gemeindepräsidium. Ich weiss nicht, früher wurde das publiziert. War es ein Gefäss, das an die Leute herangetragen wurde. Auf der Homepage sieht man, das letzte Mal war es offiziell 2018 per Mitteilung drin, dass es existiert. Ich finde es gut zu hören, dass man nun jederzeit eine offene Türe einrennt, wenn man das wünscht. Aber wieso wird das nicht proaktiv angeboten? Gab es einfach keine Anfragen mehr oder wieso hat man es quasi nicht mehr auf diese Weise aktiv bewirtschaftet?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank für diese Frage. Es ist tatsächlich so, da haben wir oder da habe ich eine Änderung vorgenommen. Und zwar weil einerseits die Nachfrage nicht so gross war. Dann hatte ich immer einen reservierten Teil von 16 bis 18 Uhr, glaube ich, einmal

im Monat, ich bin nicht einmal mehr ganz sicher, als ich diese Sprechstunde angeboten habe. Und wie gesagt, in der Regel war es ganz schwach besetzt. So habe ich begonnen, auch Besprechungen halt auch zu diesen Zeiten zu legen, weil es einfach nicht anders ging. Genau dann standen die Leute trotzdem da. Deshalb dachte ich, wir lösen es anders, indem jeder anrufen und einen Termin abmachen kann. Wir haben noch immer einen Termin gefunden.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich habe eine Frage an Gemeinderätin Stucki. Mir kam heute zu Ohren, dass offenbar geplant ist, das Neuallschwil-Schulhaus abzureissen, aber weiterhin ein Schwimmbad behalten will. Nun ist meine Frage: Heisst das, man behält das bestehende Schwimmbad und baut nur das Schulhaus neu oder würde man das Schwimmbad abreissen und ein Neues bauen? Wenn man das Schwimmbad auch abreissen und ein Neues bauen würde, das wäre die zweite Frage - sind denn dann die Kästli und das ganze neue System, das wir vor zwei Jahren im Budget ausgegeben haben, jetzt schon verbaut oder nicht?

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Merci für die Nachfrage. Der Gemeinderat hat sich für den Erhalt eines Hallenbads ausgesprochen. Weder der Standort noch die Frage, ob Erhalten oder Renovieren oder wie auch immer, ist überhaupt noch nicht geklärt. Es ist eben eine der fünf Fragen, die bis im Juni 21 geklärt werden sollten. Somit kann ich keine Antwort auf die Kästlifrage geben.

Christian Kellermann, Präsident: Soweit sind alle Fragen beantwortet. Wir fahren weiter mit dem **Geschäft 4181B, Parkraumbewirtschaftung**. Die Rednerliste ist für die allgemeine Beratung jetzt eröffnet.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der SP-Fraktion unterstützen diese Vorlage. Ich möchte einfach sagen, dass ich der Verwaltung danke, die mitgeholfen hat es auszuarbeiten. Sie hat das sehr gut gemacht. Ich habe sehr geschätzt, dass sie eben zuerst mal geschaut haben, wer was rundherum hat, und nachher grundsätzlich deren Reglement abgekupfert hat und nicht dachte, sie müsste für Allschwil etwas Eigenes erfinden. Ich habe auch die Arbeit in dieser Spezialkommission sehr angenehm empfunden. Man war sich bewusst, dass es notwendig ist, es zu tun, weil alle Gemeinden rundherum bereits solche Systeme haben. Flächendeckend war auch nicht mehr die Diskussion, weil man einfach gesehen hat, in Binningen hatte es auch erst teilweise eingeführt. Danach verlagerten sich die parkierten Autos in jene Quartiere, in denen es eben noch nicht eingeführt war. Deshalb war auch intern in der Spezialkommission von Beginn weg praktisch unbestritten, es auf ganz Allschwil anzuwenden. Es gibt einen kleinen, je nach dem noch in der 2. Lesung, einen kleinen Antrag der SP. Lucca Schulz wird das allenfalls auch noch erwähnen. Wir empfehlen euch, es anzunehmen. Merci.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Das ist jetzt eins dieser Geschäfte, die eine hohe Dringlichkeit, wirklich sehr hohe Dringlichkeit hat. Das brennt, finde ich. Ich möchte es nicht gefährden, damit es vorwärts geht. Bei der Begründung fehlt mir einfach ein Grund. Ich war beim Referendum 2015 beteiligt, das zur Überraschung von vielen angenommen wurde. Bei der Begründung habe ich immer und immer und immer wieder darauf Wert gelegt, dass ein Gesamtverkehrskonzept fehlt. Nur Parkraumbewirtschaftung ist von meiner Seite her gesehen nur Symptombekämpfung. Ich bedaure es an dieser Stelle, dass der Gemeinderat nicht diese fünf oder inzwischen bald sechs Jahre genutzt hat, um dafür zu sorgen, dass nicht nur Symptombekämpfung laufen muss, sondern damit sich der Verkehr wirklich gesamthaft ein wenig günstig weiterentwickelt. Ich habe in diesem Zusammenhang selbst eine Anfrage beim Kanton getätigt. Zum Gesamtverkehrskonzept gehört dazu, dass man es mit denen rundherum koordiniert. Ich machte eine Anfrage beim Kanton, ob man mindestens bei der Parkraumbewirtschaftung koordinieren könnte, damit dieselben Regelungen auf den Kantonsstrassen und den Gemeindestrassen gelten, damit sie zumindest übereinstimmen. Das Letzte, was ich sagen möchte ist, ich bin froh, das wusste ich nicht von Anfang an, dass es eine 2. Lesung geben wird. Denn das, was hier vorliegt, ist nicht wirklich gut ausgearbeitet. Ich muss das einfach sagen. Im Gegensatz zu meinem Vorredner. Es hat z.B. einen Plan, darauf steht September 2020, und immer noch das Schulhaus Bettenacker, und das Schulhaus Gartenhof ist noch nicht gebaut. Auch die Turnhalle Gartenstrasse steht immer noch, usw. usf. So gibt es viele Details, für die ich froh bin, wenn sie im Hinblick auf die 2. Lesung professionell bearbeitet werden, damit man dann wirklich vorwärts machen kann.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir hatten damals vor Jahren dieses Behördenreferendum mitunterstützt. Aus dem Grund, weil wir der

Meinung waren, dass es damals nicht richtig war. Dadurch, dass wir heute eine neue Ausgangslage haben, und zwar einerseits, dass so ziemlich alle Punkte, die uns damals aufstiessen, und zwar keine Gesamtzonenbewirtschaftung und auch keine Verbesserung der Parksituation, die man damals gehabt hätte, sind sie heute anders gegeben. Die zwei grossen Kritikpunkte von damals, die uns aufgestossen sind, wurden überarbeitet. Das Zweite, was auch sehr gut ist, manchmal ist ja trotzdem etwas gut, wenn etwas nicht eingeführt wird, und die Zeit noch spielt. Die Zeit hat gespielt, und unterdessen gibt es ja auch gerade im Bereich der Handwerkerparkkarte, die gibt es nun für beide Kantone. Das war auch elementar wichtig, dass es sie gibt. Man konnte das ganze Durcheinander, das man mit diesen verschiedenen Unternehmerparkkarten in der ersten Vorlage noch hatte, nun ausräumen und schlank durchbringen. Aus diesem Grund können wir mitteilen, dass wir als SVP-Fraktion dieses Anliegen so unterstützen werden, und Gemeinderat Philippe Hofmann auch mal sagen können - wenn wir sonst schon manchmal beim Verkehr in den letzten Jahren immer wieder kritisch waren - bei diesem Punkt, Philippe, das hast du ausgezeichnet gemacht. Das darf man, glaube ich, auch einmal sagen. Wir unterstützen diesen Antrag so, wie er von dir ausgearbeitet wurde. Wir haben nur eine Frage: Hat sich der Gemeinderat überlegt, ob es auch eine Möglichkeit gäbe, in Zukunft, dass man das ummünzen könnte, damit es für die Allschwiler Bürger kostenneutral ist?

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat. Ich darf dieses Geschäft für die FDP-Fraktion vertreten. Ich habe in den letzten Tagen festgestellt, ein viel diskutiertes Anliegen in der Gemeinde, und nicht zum ersten Mal aufgetaucht. Schmunzeln musste ich, als ich das untere Bild im Langen Loh des Motionsschreibens sah. Selbst bin ich jeden Tag mit rund zehn Fahrzeugen im Kanton Basel-Landschaft wie auch im Kanton Basel-Stadt unterwegs. Solche Bilder, die ich im Langen Loh sehe, sind für mich eher von der seltenen Art. Aus meiner Sicht bringt die Parkraumbewirtschaftung, oder brachte die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Basel nicht nur Verbesserungen gebracht und damit nicht nur leere Parkfelder. Man sollte sich also nicht unbedingt davon blenden lassen. Spannend zu sehen wäre aus meiner, unserer Sicht, wie die Situation der Parkmöglichkeiten zur gleichen Zeit, in der die Merkurstrasse abgebildet wurde, in anderen Strassen von Allschwil aussah, wie z.B. am Holeeweg, am Engehollenweg, am Obertorweg. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, eher so, wie die halbleeren Parkfelder im Langen Loh, und das ohne Parkraumbewirtschaftung. Ich selbst bin im hinteren Teil von Allschwil aufgewachsen. Ich kenne dieses Problem nur bedingt, was aber heissen sollte, dass das Problem nicht besteht und man es nicht angehen sollte. Ein positiver Aspekt dieser Fahrzeugnummerabbildung hatte es für mich noch, als ich mir es anschaute, immerhin sind es am meisten Fahrzeuge aus dem Baselbiet und nicht von auswärts. Nur meinen wir, der Stimmbürger sollte auch über die Kosten informiert werden und darüber befinden können. Es ist uns klar, dass eine komplette Parkraumbewirtschaftung auf dem ganzen Gemeindegebiet mit hohen Kosten verbunden ist, auch wenn diese Kosten bei der Einführung aus dem Parkplatzerneuerungsfonds bezahlt werden, und den Steuerzahler nicht unbedingt direkt betreffen. Zudem sind die jährlichen Kosten nicht zu unterschätzen. Auch darüber soll der Stimmbürger, die Stimmbürgerin seine, ihre Meinung äussern dürfen. Um das Ganze zu verdeutlichen, wohlverstanden befürworten wir es nicht, dass die Gemeinde Allschwil zu einem Zielort für parkende Pendler wird. Man sollte das auch angehen. Aus all diesen genannten Gründen kann es nicht der Entscheid des Einwohnerrats sein, so etwas zu beschliessen, sondern soll dem Stimmvolk das Recht geben, darüber zu befinden und abstimmen zu können. Weil schlussendlich betrifft es die ganze Gemeinde. Wir wollen beliebt machen, dass man über das Behördenreferendum abstimmen lässt, und, weil es die 1. Lesung ist, hat man natürlich auch die Möglichkeit, es noch einmal in den Fraktionen zu beantworten. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Herr Jonasch, ein Antrag für ein Behördenreferendum ist nun für die 1. Lesung noch nicht der richtige Zeitpunkt. Darüber kann erst bei der 2. Lesung, nach den Anträgen und Beschlüssen, die jetzt eingereicht werden, abgestimmt werden. Dies nur als Zusatzinformation.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zuerst möchte ich mal der Spezialkommission, in der auch wir als kleine AVP vertreten sein durften, Danke sagen. Ich muss sagen, die Zusammenarbeit war nicht immer heil und nicht immer alles so einfach, man hat ziemlich diskutiert. Was ich schön fand, dass wir am Schluss alle derselben Meinung waren. Ich finde es schade, wenn ich nun von Seiten FDP höre, dass sie gerne ein Behördenreferendum machen will. Wofür sind wir denn als Einwohnerräte hier? Wurden wir nicht vom Volk gewählt? Wenn wir nämlich so weitermachen und über jedes Geschäft immer ein Referendum einholen müssen, dann muss ich sagen, sind wir ja gar nicht glaubwürdig. Ich finde es auch schade, weil die Kosten angesprochen wurden. Ja aber Entschuldigung, so ein Referendum ist ein Mehraufwand, eine Verzögerung.

rung, die, wie ich denke, überhaupt nicht wichtig ist. Die Grundkosten für eine Abstimmung: man braucht eine Druckerei, man braucht einen Postversand, man braucht Erläuterungen von der Verwaltung, die das schreiben, machen und tun. Dann haben wir auch Personalkosten. Ich meine, wenn wir alles in einem Referendum hinterfragen oder machen müssen, wobei uns die Bevölkerung nicht unterstützt, dann finde ich es schade, weil wir dann nämlich beginnen und sagen können, den Einwohnerrat braucht es nicht mehr, wir machen doch eine Gemeindeversammlung, dann kann ganz Allschwil mit Diskutieren beginnen. Merci vielmal. Nein, ich möchte noch dir, Gemeinderat Philippe Hofmann, noch Danke sagen. Ich fand die Arbeit und auch die Spezialisten, die dabei waren, sehr gut, Merci vielmal.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es erstaunt mich auch, das zu hören. Ich nehme dich ein wenig in Schutz, Nico, du bist noch nicht so lange dabei. Aber ich glaube, aus Fehler lernt man. Ich glaube, man darf ja auch nicht Ignorant sein. Denn das war das letzte Mal genau das Problem, als wir es wollten, dass sie nur Teilzonen gemacht haben. Wenn nun Frau Werdenberg von oben ihr Grossmutter unten besuchen will, du sagst Hinterallschwil / Vorderallschwil, dann muss sie innerhalb der eigenen Gemeinde eine Parkkarte lösen, damit sie den Wagen davor abstellen kann, so wegen Gleichberechtigung und solchen Dingen. Genau das war eines der grossen Argumente, wieso man sagt, das machen wir nicht, das wäre wie eine Zweiklassengesellschaft, damals, als wir vielleicht noch unterschiedliche Postleitzahlen hatten. Also bitte, ich weiss nicht, wer diese Informationen vorenthalten hat, aber tut mir leid für dich. Ich meine genau dasselbe, was Pascale gerade eben erwähnte. Heh nein, jetzt macht doch der Gemeinderat eine Spezialkommission. Dort soll man arbeiten, weil wir das wollen. Wir wollen überall die Nase reinstrecken. Und bigott, ihr wisst, ich kritisiere den Gemeinderat gerne, aber solche Dinge gehen nun langsam einfach nicht mehr. Hey, wir wurden gewählt, 40 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die eigentlich einen Job machen sollen. Wenn wir für jedes Zeug, wofür wir eigentlich gewählt sind, dass genau unsere Wählerschaft das nicht tun muss. Ich muss sagen, jetzt lassen wir Allschwil darüber abstimmen, dann muss ich sagen, wofür sind wir denn eigentlich hier, dann können wir zusammenpacken. Ich bin kein Gott, ich finde es himmeltraurig. Ich hoffe wirklich, dass wir hier auch ein wenig bessern. Zuvor hatten wir ein Traktandum, bei dem die Kommissionsarbeit nicht getan wurde, das kann man nun hier auch sagen. Eigentlich ist es unser Job, wir sind Little Allschwil, 40 Personen, wir sollten das doch eigentlich gemeinsam erarbeiten können. Wenn es dann in der Bevölkerung Leute gibt, die sagen, nein, das geht gar nicht, dann kann man das machen. Aber unser Job ist es doch, genau das zu vermeiden. Ich hoffe doch wirklich ein bisschen in der Zukunft, man hat das Pflichtbewusstsein was Einwohner ist und was nicht. Das dazu. Besten Dank.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Nico, jetzt muss ich dir schon auch noch sagen, du hast ein bisschen ein schwieriges Los gezogen. Es ist ja schön, wenn du mit zehn Autos rumfährst, dann läuft das Geschäft gut, das freut mich für dich, finde ich gut. Das Zweite ist, als ich noch jünger war und noch so viele Haare wie du hatte, ging ich auch einmal bei der ersten Parkraumbewirtschaftung davon aus, dass wenn die BL-Nummern auf den Parkplätzen stehen, es dann keine „fremde Fötzel“ sind. Ich habe mir dann aber auch einmal mit dieser App, mit der man Autonummern abfragen kann, einen Spass daraus gemacht. Ich habe parkierte BL-Nummern abgefragt, man darf natürlich nicht vergessen, wir haben viele Pendler, die aus dem oberen Kantonsteil kommen und bis an die Stadtgrenze nach Allschwil fahren und das Auto hinstellen. Dann steht auf der Autonummer halt genauso BL, wenn du in Allschwil oder in Ettingen wohnst. Es ist schon nicht ein Bild, worauf verlassen kann. Das habe ich vor vielen Jahren auch lernen dürfen. Das lernst du jetzt vielleicht auch noch. Zu dem, was ihr mit dem Behördenreferendum machen möchtet: Das ist euer gutes Recht, das ist absolut legitim, das könnt ihr, wenn ihr das wollt. Ich würde euch aber ans Herz legen, dass ihr euch das effektiv auf die 2. Lesung noch einmal überlegt, ob ihr dieses Behördenreferendum wirklich in dieser Form bringen möchtet. Ich bin auch der Meinung, dass es bei diesem Geschäft nicht zielführend ist. Auch mit dem Hinweis darauf, weil es alle Allschwiler betrifft: Wir haben das bei ganz vielen Sachen, die wir abstimmen, bei denen es alle Allschwiler betrifft. So müssten wir jedes Mal dieses Behördenreferendum ergreifen. Der Grundsatz des Behördenreferendums ist der, wenn man sich wirklich an einer Vorlage stört, und die Meinung ist, die Vorlage sei falsch, man aber in einer politischen Minderheit ist, hat man trotzdem noch die Möglichkeit, über ein Behördenreferendum die Bevölkerung beizuziehen. Das ist eigentlich ein Instrument zum Schutz einer Minderheit. Das ist die Überlegung dahinter, nicht um die Bevölkerung nach Lust und Laune beizuziehen, wie man es machen möchte. Deshalb möchte ich euch wirklich bitten, überlegt euch das mit dem Behördenreferendum. Denn wenn ihr im Grundsatz dafür seid, dann wäre es das falsche Werkzeug, das ihr anwenden möchtet, um die Bevölkerung trotzdem darüber abstimmen zu lassen. Wir können euch bei diesem Antrag Behördenreferendum nicht unterstützen.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte etwas zur Sache sagen. Vielleicht gäbe es noch eine Möglichkeit, dass man per App etwas tun könnte, gerade auch für jüngere Generationen. Wenn man ins Berner Oberland in die Ferien fährt, gibt es die Parkraumbewirtschaftung auch per App, in anderen Gemeinden wird das gemacht. Vielleicht wäre das eine Lösung. Christian Stocker Arnet hat es bereits angesprochen, bei uns bestehen gewisse Vorbehalte wegen der Gebühren. Und zwar wird am Schalter eine Bearbeitungsgebühr von 20 Franken verlangt. Wir finden das tendenziell halt ein wenig kritisch, denn schlussendlich, wer geht denn an diesen Schalter? Es dürften jene Leute sein, die an Schalter gehen müssen. Ich glaube, jeder, der es per Internet von zu Hause aus machen könnte, würde es lieber zu Hause machen. Dass man den Leuten, die sowieso an den Schalter gehen müssen, noch einmal eine Gebühr aufdrücken, die fast die Hälfte der Anwohnerparkkarte kostet, finden wir kritisch. Merci vielmal.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe noch eine kurze Verfahrensfrage. Ich zweifle nicht daran, dass die Spezialkommission eine sehr gute Arbeit geleistet hat und mit kompetenten Leuten zusammengesetzt wurde. Trotzdem meine Frage: Wird nun im Hinblick auf die zweite Lesung die Bau- und Umweltkommission es noch offiziell bearbeiten? Denn die Spezialkommission ist nach meinem Verständnis eher so was wie ein Echoraum.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Wir haben zuvor bei der Begründung auch noch einen anderen Teil gehört, und ich bin es langsam satt, diesen Teil immer wieder zu hören. Wir haben etwas vor. Es ist wichtig. Wir wissen, dass wir es benötigen. Dummerweise kostet es Geld. Wir wollen kein Geld ausgeben. Überlegt bitte auch, wenn ihr nichts tut, kostet das genauso. Wir sind immer noch nicht dort, bei dem Antrag, den ich schon einmal gestellt habe, eine Risikobetrachtung zu machen, um zu sagen, es geht nicht nur darum, dass wir investieren und Geld ausgeben. Sondern es geht darum, dass wir gewisse Risiken abwenden. Risiken sind mit einem Geldbetrag verbunden. Wenn ihr das Argument, es kostet etwas, dann sollt ihr auch sagen, was kostet es nachher nicht mehr. Es geht um Parkplätze. Viele Gemeinden haben kapiert, dass weisse Parkplätze Magnete sind, das gibt Verkehr. Wir haben hier abgestimmt, wir machen sogar ein grosses Referendum, wollen wir einen Alba-Bau, der Verkehr anziehen soll, man will das entschleunigen. Das alles ist nun durchgekommen. Wenn wir das alles negieren und sagen, das ist überhaupt kein Risiko, dann würde ich euch Recht geben. Wir haben jetzt aber so viele Indikatoren, die sagen, diese Parkplätze bieten uns ein Risiko, dass man etwas tun muss. Deshalb muss man auch investieren. Man kann nicht einfach sagen, kostet, machen wir nicht. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Ueli Keller hat eine Frage gestellt. Möchte Philippe Hofmann diese beantworten? Merci.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Betreffend diese Spezialkommission - das ist nicht einfach irgend so ein Echoraum. Ich würde mir nicht zumuten, dass man mit so einem Echoraum ein bisschen schwatzt und über Reglemente, Gesetze und Dinge diskutiert. Sondern, nein, das ist eine Spezialkommission. Darin war jede Fraktion abgebildet. Pascale Uccella hat es gesagt, sogar die kleine AVP haben wir mitgenommen. Danke schön zurück. Das ist nun das Mass der Dinge. Wir konnten darin mitarbeiten, wir haben das gemacht. Wir haben, bin ich der Meinung, effizient und effektiv gearbeitet. Das ist nun das Produkt, das dabei herauskam. Das benötigt nicht noch einmal eine Überweisung an eine Kommission. Da kommt nun eine 1. Lesung und anschliessend eine 2. Lesung, dann gibt es entweder ein Ja oder ein Nein. Das ist der Fahrplan.

Christian Kellermann, Präsident: Vielleicht noch einmal zum Vorgehen: Wir haben, wie es Gemeinderat Philippe Hofmann bereits gesagt hat, wir werden im Anschluss an die Beendigung der allgemeinen Beratung die 1. Lesung durchführen. In der 1. Lesung haben Sie die Möglichkeit, bei den verschiedenen Absätzen eure Voten, eure Änderungen einzubringen. In der 2. Lesung wird dann darüber abgestimmt. Auch in der 2. Lesung würde man dann euren Antrag zum Behördenreferendum thematisieren. Darüber wird nicht jetzt abgestimmt.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube schon, dass man etwas richtigstellen muss. Ich war auch in dieser Spezialkommission. Das war eine konsultative Kommission, die hat keinen Kommissionsbericht verfasst und auch nicht das Reglement beraten. Man sollte schon nicht zwei Dinge miteinander vermischen. Eigentlich wäre es schon richtig gewesen, wenn man das uns vorliegende Reglement zuerst noch in die ordentliche Kommissionsberatung gäbe. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Dazu bin ich dezidiert anderer Meinung. Ich habe eine andere Auffassung von einer Spezialkommission. Ich lasse selbstverständlich die vorhandenen Meinungen gelten. Wir haben es bis dahin auf diese Art angedacht. Ich wollte noch schnell etwas zu Ueli sagen, der zuvor angesprochen hat, in der Begründung fehle ein Gesamtverkehrskonzept. Ich muss schon sagen, die ganze Parkraumbewirtschaftung ist nicht etwas, was wir mit der Spezialkommission im stillen Kämmerlein ein wenig ausstaffiert haben, damit es nett ankommt. Parallel dazu gingen vier Sitzungen, notabene trinationale, vorstatten, in denen man versucht hat, eine Harmonisierung über den ganzen Raum zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz zu erreichen. Eigentlich eine Quadratur des Kreises. Er hat sich dann auch herausgestellt, man hat das gesehen. Man hatte zwar hehre Ziele und schlussendlich auch eine Charta verabschiedet, dass man es gerne wollte. Aber schon nur die ganze Gesetzgebung, welche zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland divergiert, verunmöglicht eine Harmonisierung und ein Gesamtkonzept, wie wir es aufgrund der Pendlerströme nicht nur aus dem oberen Kantonsteil, sondern notabene auch aus Deutschland und Frankreich, nötig haben. Das ist gar nicht so einfach zu realisieren, geschweige denn eine Preisstruktur. Man muss sich das vorstellen, was bei uns zwei Franken kostet, sind im Elsass 30 oder 40 Rappen oder umgekehrt. So ist das auch mit den Gebühren. Das sieht man am allerbesten bei den kürzlichen Geschehnissen mit der Umweltabgabe am Euro-Airport zwischen Frankreich und der Schweiz. Das ist nicht so einfach machbar, wie du dir das vorstellst. Wir haben uns Mühe gegeben, es tun zu wollen. Was die Regelung bei den Kantonsstrassen betrifft: Ich meine gar, da sei ein Vorstoss oder eine Anfrage auf kantonaler Ebene am Laufen, ich bin mir nicht ganz sicher, es ist aber etwas, das läuft. Was betreffend Plan gesagt wurde: Ja, tatsächlich, das habe ich nun auch bemerkt. Der Plan ist der, der Rudolf Keller & Partner hervorgeholt hat, den habe nicht ich oder haben nicht wir zur Verfügung gestellt. Ja, es sieht so aus, als hätte man alter Wein in neuen Schläuchen verkauft, das muss ich zugeben.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Nur kurz zu dir, Ueli Keller, ich war auch in dieser Spezialkommission. Ich muss sagen, wir haben da sensationell zusammengearbeitet. Es hatte nichts mit einer Echogruppe zu tun. Wir nahmen an diesem Reglement Änderungen vor. Wenn es mir recht ist, passten wir auch die Preise an. Schlussendlich haben wir dieses Reglement einstimmig beschlossen. Entsprechend ist das eine saubere Sache. Ich meine, man sollte nun mit dieser Diskussion aufhören. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nicht mehr länger auf dieser Kommission herumreiten. Es hat mich einfach verwirrt, weil ich von meinem Ablauf her gedacht habe, eigentlich sollte eine offizielle Kommission, die gesamteinwohnerratsmässig vertreten ist, über dieses Reglement beraten. Wenn man das nicht tun will, dann will man nicht. Ich bin der Letzte, der meint, ein Gesamtverkehrskonzept, das mit Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Frankreich vereinbar ist, sei eine einfache Sache. Vielleicht erlebe ich das noch in dieser Legislatur. So wie bei der Schulraumplanung, bei der es auch acht Jahre dauerte, bis man es gesamtplanungsmässig in Angriff nahm. Kann sein, dass es beim Verkehrskonzept auch noch geschehen wird.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts erwünscht ist. Das ist nicht der Fall. Somit beginnen wir mit der 1. Lesung über die Parkraumbewirtschaftung beginnen. Ich bitte die 2. Vizepräsidentin, die Paragraphen aufzurufen.

A Konzept

§ 1 Zweck

keine Wortmeldung

§ 2 Massnahmen

keine Wortmeldung

B Parkkarten und Gebühren

§ 3 Parkkartengrundsatz

keine Wortmeldung

§ 4 Anwohnerparkkarte

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Nur noch einmal als Hinweis, dass meine Frage ja noch nicht beantwortet ist, die ich an Gemeinderat Philippe Hofmann gestellt habe, genau zur Anwohnerparkkarte.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Stimmt, habe ich vergessen. Das ist ein Punkt, den wir wohl aufnehmen, diskutieren und bei der 2. Lesung drannehmen können. Ich kann darüber selbstverständlich nicht als Einzelperson bestimmen. Aber wir werden das im Gemeinderat diskutieren.

§ 5 Angestelltenparkkarte

keine Wortmeldung

§ 6 Tagesparkkarte

keine Wortmeldung

§ 7 Gemeinsame Bestimmungen

keine Wortmeldung

§ 8 Gebühren

keine Wortmeldung

C Verfahrensbestimmungen

§ 9 Zuständigkeit

keine Wortmeldung

§ 10 Ausstellung der Parkkarte

keine Wortmeldung

§ 11 Änderungen

keine Wortmeldung

§ 12 Rückgabe und Entzug

keine Wortmeldung

§ 13 Ausführungsbestimmungen und Ausnahmeregelungen

keine Wortmeldung

D Straf- und Schlussbestimmungen

§ 14 Strafbestimmungen

keine Wortmeldung

§ 15 Kostenersatz

keine Wortmeldung

§ 16 Rechtsmittel

keine Wortmeldung

§ 17 Inkrafttreten

keine Wortmeldung

Christian Kellermann, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit stellen wir fest, dass die erste Lesung damit abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats gemäss Bericht folgt in der 2. Lesung an der Februar-Sitzung.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Zwischenbericht vom 16.12.2020 zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend Tempo 30 in Quartierstrassen und Sondervorlage für die Planungsarbeiten zur Einführung von Tempo 30 in den Allschwiler Quartierstrassen
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4500/A / Geschäft 4500B

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Da das Eintreten nicht bestritten ist, gebe ich das Wort gerne Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Präsident. Ihnen liegt der Zwischenbericht des Geschäfts 4500, Motion Tempo 30 in den Quartieren, vor. Auf die grundsätzliche Problematik dieser Motion und sicher als Instrument werde ich nicht mehr zurückkommen, das haben wir schon einmal diskutiert. Ich möchte einfach festhalten, dass dieser Beantwortung sehr viel Goodwill zugrunde liegt, weil es einfach der Sache dient. Der Einwohnerrat hat das Geschäft am 19.2.2020 grossmehrheitlich überwiesen. Wie schon im Traktandum zuvor ist auch die Thematik Tempo 30 etwas, was in Allschwil schon mehrfach diskutiert wurde, letztes Mal vom Volk im Jahr 2009 abgelehnt. Der vom Einwohnerrat erteilte Auftrag an die Verwaltung, erneut ein Konzept zu erarbeiten und dem Rat zu berichten, wurde umgesetzt. Die Firma Rudolf Keller & Partner hatte dafür als einzige die Kapazität, allerdings erst ab August 2020, was auch die Verspätung des Berichts erklärt. Corona macht's möglich. Der Motionär wurde bereits über die vorhandene, Verzögerung entsprechend informiert. Das vorliegende Papier mag für einen Zwischenbericht auf den ersten Blick äusserst umfangreich erscheinen. Dem Gemeinderat war es aber von grösster Wichtigkeit, auch in diesem Geschäft volle Transparenz zu schaffen. Wir wollen dem Einwohnerrat klipp und klar aufzeigen, was dieses Geschäft wirklich alles beinhaltet. Wir wollen vom Einwohnerrat ein klares Bekenntnis, einen Entscheid, dass er den Betrag, den es kostet, sprechen wird. Wie schon zuvor haben wir gesehen, es kostet was, es gibt nichts gratis. Wir wollen einen Entscheid, dass er bereit ist, im entscheidenden Moment das Geld dann auch zu sprechen. Für mich ist es die einzige Form, wie wir, der Gemeinderat und Einwohnerrat gemeinsam, gemeinsam etwas auf die Beine stellen, etwas bewerkstelligen können, und damit das Geschäft behandeln können. Die aktuelle Ausgangslage basiert auf der

Grundlage des Jahres 2006. Wir müssen dabei das Rad nicht neu erfinden, aber wir müssen es etwas drehen, ein wenig justieren, damit wir der Situation 2021 gerecht werden. Dies zeigte sich an der ersten Sitzung gezeigt. Angepasst werden müssen Details in den einzelnen Zonen. Eine genaue Definition der Zonen mit einem neuen Plan wird aber erst im Rahmen der Ausarbeitung des Gesamtkonzepts erarbeitet und kann daher dem Einwohnerrat zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegen. Auch dieses Projekt ist mit Kosten verbunden, wie schon gesagt. Auch hier bildet die Evaluation aus dem Jahr 2009 die Grundlage. Die Plausibilitätsprüfung der Kosten wurde anhand der Vergleichsgemeinde Muttenz durchgeführt. Sie zeigt, dass die ausgewiesene Berechnung von rund 2'900 Franken pro Hektar nach wie vor realistisch ist.

Wie geht es nun weiter? Eine Komplettüberarbeitung des damaligen Konzepts durch die Firma Rudolf Keller & Partner. Vorgehen, Art der Massnahmen und Stossrichtungen sind zu definieren. Die Erstellung der zwingend notwendigen Verkehrskonzepte für jede einzelne Zone ist unerlässlich. Insgesamt werden es zehn Zonen sein, die bearbeitet werden müssen. Die Stellenerhöhung um 100 % zur Durchsetzung von Tempo 30 bei der Gemeindepolizei wurde bereits bestimmt. Wir haben dies im Zusammenhang mit dem vorherigen Traktandum bereits erläutert. Wir haben nur ein Tempomessgerät, das ab und zu der Gemeinde Füllinsdorf-Frenkendorf ausgeliehen wird, weil es in Allschwil gar nicht genügend, geeignete Orte für Messungen gibt. Es ist bei Tempo 30 ähnlich wie bei der Parkraumbewirtschaftung, alles steht und fällt mit der Durchsetzung des Rechts. Dies müssen wir mit Kontrollen machen können, dafür benötigen wir geeignete Massnahmen, geeignete Mittel und genügend Ressourcen, sicher in der Initialisierungsphase. Sicher müsste man für die Zukunft auch überdenken, ob eine Neuanschaffung eines zusätzlichen autonomen Radars eine Überlegung wert ist. Damit wir es als geeignete Massnahme in Allschwil so einsetzen könnten. Die Planungsarbeiten werden rund zehn Monate in Anspruch nehmen. Für die Umsetzung der Zonen kommt nach Abschluss der Planungsarbeit eine separate Sondervorlage zur Genehmigung in den Einwohnerrat. Diese, so empfehlen wir, sollten wir aber durch die Kommission KBU beraten lassen. Die effektive Umsetzung wird, Stand heute, wohl etappiert, also verteilt auf drei bis vier Jahre erfolgen. Aktuell heute, so wird geschätzt, entstehen bei der Einführung von Tempo 30 Kosten von rund 1 Mio., wobei rund 140'000 Franken für die Planung einzusetzen sind. Dementsprechend beantragt Ihnen der Gemeinderat auch zur Einführung von Tempo den Sonderkredit für Planungsarbeiten von rund 140'000 Franken, +/- 15 % zu genehmigen. Andernfalls ist diese Motion abzuschreiben. Ich danke fürs Zuhören.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank für diese Ausführungen seitens des Gemeinderats. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Schnell eine Verständnisfrage an Herr Hofmann. Sie haben gesagt, dieses Geschäft sollte in die KBU. Weshalb in die KBU und nicht in die Kommission für Sicherheit?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ist eine gute Frage. Es kann auch sein, dass mir in der Überlegung ein Fehler unterlaufen ist. Ich glaube, ich habe es einfach so aufgeschrieben. Ich werde es mit der Verwaltung noch einmal besprechen, was sinnvoll ist, wie wir es am besten machen. Ich kann darauf keine schlüssige Antwort geben. Es macht nicht wahnsinnig viel Sinn. Ja, ich nehme das mit.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es wird Sie wohl nicht überraschen, wenn ich sage, dass die SP dem Antrag des Gemeinderats folgen wird. Wir sind der Meinung, es ist höchste Zeit, dass in Allschwil Tempo 30 eingeführt wird. Wir bitten auch darum, dass man damit vorwärts macht. Danke schön.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch die CVP wird diesen Antrag unterstützen. Auch aus unserer Sicht ist es höchste Zeit für Tempo 30 in den Quartierstrassen.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wir von der AVP unterstützen diese Motion. Es wird Zeit, dass die 30er-Zone eingeführt wird. Ich meine auch, nicht mehr lange warten, sondern endlich durchziehen! Wie es zuvor geheissen hat, ja, es kostet Geld. Jede Veränderung kostet Geld. Ich meine, ich durfte ein halbes Jahr lang in einer 30er-Zone leben, und, es sind Welten. Vor allem hörte ich nicht einmal ein Auto bremsen. In dieser Strasse, in der so viele Kinder gehen, ist es nun viel, viel ruhiger. Also bitte, macht vorwärts!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Auch unsere Fraktion unterstützt dieses Geschäft. Ich persönlich als Redner der Fraktion bin froh, dass es nun auf dem Tisch ist. Ich glaube, es Zeit dafür. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir hatten nur noch eine Verfahrensfrage, die uns Wunder nahm, weil wir es in dieser Form noch nie hatten. Wir lassen uns aber eines Besseren belehren. Anträge auf finanzielle Verbindungen in einem Zwischenbericht, ist das überhaupt möglich, habt ihr das abgeklärt? Denn bei mir ist es so, dass, als ich nachschauen ging, ich das noch nie gefunden habe. Das gab es noch nie. Ehrlich gesagt, vom Ablauf der Geschäfte her würde ich bezweifeln, dass es rechtlich Stand hält, in einem Zwischenbericht Finanzforderungen einzustellen und Motionen abzuschreiben. Ich bin nicht sicher, ob es wirklich auf diese Weise durchführbar ist.

Roman Hintermeister, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion bedanken uns für den ausführlichen Bericht. Wir werden ihn auch unterstützen. Wir meinen auch, es ist jetzt einfach am Rad der Zeit, dass diese Diskussion kommen muss. Was wir etwas schade finden, ist, dass die im Sommer 2020 durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen durch die GePo im Bericht nicht ersichtlich sind. Das wäre interessant gewesen, zu wissen, welche Messungen gemacht wurden. Besten Dank.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe noch eine Frage. Wir hatten vor nicht langer Zeit Verkehrsberuhigungen respektive Lärmberuhigungen bei der Spitzwaldstrasse und Parkallee. Dort war Tempo 30 auf diesen Strassen, Gemeindestrassen wohl bemerkt, auch ein Thema. Ich wurde vom Gemeinderat vermerkt, dass wenn man dieses Thema dort aufgreifen will, man es getrennt tun soll, und zwar innerhalb dieser Vorlage prüfen. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, seit wann liegt der Bericht vor. Denn der wurde für die nächste Sitzung eigentlich fixfertig abgegeben. Ich gehe schwer davon aus, der war schon im Köcher vorhanden, man wollte ihn einfach nicht vorher rausgeben, bevor das andere Geschäft im Einwohnerrat war. Ich hätte gerne eine Antwort. Seit wann ist er vom Gemeinderat abgesegnet, respektive seit wann liegt er dem Gemeinderat vor? Diesbezüglich möchte ich noch anfragen: Hat denn nun der Gemeinderat diese Prüfung durchgeführt? Wird er sie sich bis zur nächsten Lesung noch vornehmen und wann kann ich mit einer Prüfung rechnen? Oder muss ich das noch einfordern? Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Es wurden noch Fragen gestellt. Möchte der Gemeinderat sie jetzt noch beantworten?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich beginne mal von vorne und versuche es zu tun, was wir hier sehen. Niki Morat, das mit der KBU: Das werden wir genau abklären, ich habe es jetzt selbst nicht herausgefunden, vielleicht, weil es schlussendlich ein Bauprojekt sein wird. Ich komme darauf zurück. Zu dem von Florian Spiegel kann ich nichts dazu sagen, keine Ahnung, ob es rechtens ist oder nicht. Ich frage schnell Ruedi, mal sehen, was er dazu weiss. Dann, betreffend die Messungen der GePo, das kann man, wenn es gewünscht wird, im zweiten Bericht einfließen lassen. Ich denke, diese Daten sollten verfügbar sein. Das von Etienne ging mir nun etwas schnell, da konnte ich nicht mitschreiben. Bitte schreib mir das doch kurz per Mail, damit ich das alles, was ich tun soll, mitnehmen kann. So kann ich dir auch eine Antwort darüber, was gemeint ist, geben.

Christian Kellermann, Präsident: Florian Spiegel stellte auch noch eine Frage bezüglich des Zwischenberichts und der Kosten. Will man dazu auch noch eine Stellungnahme dazu abgeben?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich sage gerne etwas zur Frage von Florian Spiegel. Es wurde eine Motion überwiesen, diese erfordert eine Vorlage. Die Vorlage muss ausgearbeitet werden, und dafür braucht es Geld. In diesem speziellen Fall, weil es nicht einfach nur ein Reglement ist oder etwas, was man mit ein wenig Papier durch die Gemeindeverwaltung produzieren lassen kann. D.h. man muss einen Kredit sprechen, daher gibt es diesen Zwischenbericht mit der Sondervorlage. Diese hat zum Gegenstand, dass man das entsprechende Geld spricht. Wenn sie überwiesen wird, kann anschliessend auch der Bericht kommen, der diese Motion erfüllt. Wenn das Geld nicht gesprochen wird, kann man diesen Bericht, welche von der Motion gefordert ist, gar nicht bringen und muss sie abschreiben. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Dann möchte ich einfach im Protokoll festhalten, dass das nun Herr Häuptli es beantwortet hat. Aber seitens Gemeinderats und Verwaltung keine offizielle Antwort zu meiner Frage kam. Ich weiss nun nicht, ob es noch beantwortet wird oder nicht. Für mich ist das noch offen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Also, weil es doch scheinbar etwas ist, das juristisch abgeklärt sein sollte, muss ich sagen, wir nehmen diese Frage mit, klären es ab und geben eine saubere Antwort, statt jetzt irgendetwas aus dem Hosensack zu zaubern. Ich kann gleich die Chance nutzen, um zu den Fragen von Etienne zu sprechen. Das haben wir nun auch herausgefunden, Merci Christoph für die Hilfe. Der Bericht der Spitzwaldstrasse wurde hier am 8., bzw. am 9. Dezember 2020, das weiss ich nicht mehr so genau, diskutiert. Der Bericht von Tempo 30 lag dem Gemeinderat am 16.12.2020 vor.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzliche, abschnittsweise Beratung gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung über dieses Geschäft 4500 A/B abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 8, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat bezüglich „Einführung von Tempo 30 in den Allschwiler Quartierstrassen“ einen Sonderkredit für die Planungsarbeiten von CHF 140'000 +/- 15 % zu genehmigen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 31 Ja, 6 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Somit entfällt der zweite Punkt, und wir kommen zur Schlussabstimmung des Geschäfts als Ganzes. Wer diesen Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft als Ganzes mit 31 Ja zu 2 Nein und 4 Enthaltungen abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des ER-Büros vom 4.1.2021, zum Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 3.11.2020, betreffend Account (Zoom, MS-Teams, Webex usw.) für Kommissions- und Fraktionspräsidien
Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4538 / A

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst die Antrag stellende Person, Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich danke für die Beantwortung und auch für die Umsetzung. Als ich es zuerst gelesen habe, bin ich zwar ein wenig erschrocken, weil ich dachte, es seien alles gleichwohl noch kostenlose Software mit Beschränkungen. Dann habt ihr es aber auf der letzten Seite zuunterst noch angeführt. So wie ich mitbekommen habe, arbeiten bereits einige damit und es funktioniert auch. Somit ist es für mich erledigt, und ich danke dem Büro recht herzlich für die Umsetzung.

Christian Kellermann, Präsident: Merci vielmal. Vom Einwohnerratsbüro wird dazu Niki Morat noch kurz das Wort ergreifen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich bin natürlich froh, wenn Florian Spiegel damit zufrieden ist. Wir machten uns darüber im Büro kurz Gedanken. Für uns war wichtig, dass es auf jeden Fall möglich ist, nicht so wie im Frühling, damit die Parlamentsarbeit weitergehen kann. Dafür ist es wichtig, dass wir ein Instrument in die Hand erhalten, bei dem wir auch zusammensitzen können, wenn man nicht zusammensitzt. Die meisten haben das bis dahin schon mal mit privaten Lösungen gemacht. Wir meinten, okay, ein Zoom-Account von der Gemeinde ist in Ordnung. Das hat uns dann auch die Verwaltung gesagt. Wir waren mit ihr auch darüber einig, dass es aber nicht sein darf, dass der technische Support von der Gemeinde bezahlt wird. Wir geben an Kommissions- und Fraktions-

präsidien, wenn das gewünscht wird, einen unbefristeten Account aus. Für das Einrichten sind aber alle selbst zuständig. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet. - Die Rednerliste ist erschöpft. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4538 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Einwohnerratsbüros, Seite 4, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen das Einwohnerratsbüro zu beschliessen:

1. Das Verfahrenspostulat, Geschäft 4538 A, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Schlussbestimmung über dieses Geschäft. Wer diesen Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben somit dieses Geschäft als Ganzes einstimmig abgeschlossen. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Es ist nun genau 21 Uhr. Ich schlage vor, dass wir somit die heutige, erste Einwohnerratssitzung abschliessen und das nächste Mal mit den weiteren Geschäften weiterfahren. Ich wünsche euch einen schönen Abend, eine gute Zeit, und wir sehen uns wieder am 10. Februar. Adieu miteinander.

ENDE DER SITZUNG 21 Uhr

<p>Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurden beide Einwohnerratssitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt!</p>
--